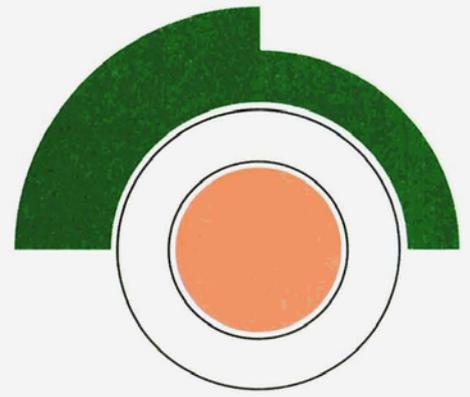


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 17. 9. 1996

## WORT UND WIDERWORT

### Fördert Nordrhein-Westfalen zu viel Wohneigentum?

Die Förderung von Wohneigentum für berechtigte Personengruppen nehme jährlich jeweils rund ein Drittel der Mittel in Anspruch. Die übrigen zwei Drittel gingen überwiegend in die Förderung des Mietwohnbaus. Eine höhere Priorität für den Mietwohnungsbaubau als für die Eigentumsförderung sei aus Sicht der SPD in einem dicht besiedelten Land wie NRW notwendig, wenn man möglichst breite Schichten der Bevölkerung mit finanziell tragbarem Wohnraum versorgen wolle. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Gerd-Peter Wolf**. Der CDU-Abgeordnete **Siegfried Zellig** betont, Nordrhein-Westfalen fördere nicht zu viel Wohneigentum, sondern sei das Bundesland, welches die schlechteste Eigentumsförderung habe. Nach wie vor ging seit Jahren weniger als ein Drittel der Gelder für die Wohnungsbauförderung in Eigentumsmaßnahmen. Dabei diene die Förderung des Eigentums auch der Entlastung des Mietwohnungsmarktes. Durch hundert neue Eigentumsmaßnahmen würden in zwei Drittel aller Fälle Wohnungen frei gemacht. Die GRÜNEN-Abgeordnete **Hedwig Tärner** unterstreicht, die Eigentumsquote sei aus der Sicht der Wohnungspolitik ohne eigenständigen Aussagewert. Sie sei stark abhängig unter anderem von Siedlungsstrukturen. In den Städten des Ruhrgebiets gebe es eine Vielzahl von Wohnungen im Besitz von Genossenschaften. Diese kollektive Form der Eigentumsbildung könne gerade für einkommensschwache Menschen die ideale Lösung sein. (Seite 2)

### „Staatsdirigismus und grüne Sandkastenspiele“

## CDU attackiert Landesbauminister

Ministerpräsident **Rau** (SPD) soll der „unglückseligen Bauverhinderungspolitik“ von Landesbauminister **Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) und dessen „spätpubertären Attacken gegen das Eigentum“ Einhalt gebieten. Das forderte CDU-Fraktionschef **Dr. Helmut Linssen** in der Aktuellen Stunde.

Die geplante Konzentration der Förderung des Mietwohnbaus auf Haltepunkte des schienengebundenen Personennahverkehrs benachteilige den ländlichen Raum, und der von NRW vorgeschlagene Planungswertausgleich fördere in Wahrheit die Bodenspekulation anstatt sie zu bekämpfen, urteilte Linssen über die Politik des, wie er sagte, „Totengräbers des Wohnungsbaues in NRW“.

Für die SPD machte **Ellen Werthmann** deutlich, das Land steige aus der Förderung des klassischen Ein- und Zweifamilienhausbaus nicht aus. Die Mittel aus der Angleichung der Verzinsung, die zum 1. Juli erfolgt sei, würden für den Bau zusätzlicher Wohnungen eingesetzt.

**Hedwig Tärner** (GRÜNE) sagte, erst nach ausführlichem Diskussionsprozeß werde über die Politik der Förderschwerpunkte an Haltestellen entschieden. Das diene dem Schutz vor Zersiedelung des Naturraums

und stelle die Schaffung preiswerten Wohnraums sicher.

Minister **Vesper** (GRÜNE) bezeichnete die CDU-Kritik als „bar jeder Fachkenntnis“. Anders als der Bund stehe das Land zu seinen Zusagen und verstetige die Wohnungsbauförderung „auf beispiellos hohem Niveau“.

## Die Woche im Landtag

### Haushalt

Finanzminister und Koalitionsfraktionen haben den Haushaltsentwurf 1997 in erster Lesung gegen die Kritik der CDU-Opposition verteidigt. (Seite 3)

### Petitionen

Der Petitionsausschuß will Bürgerinnen und Bürgern helfen, gerechtfertigte Anliegen gegenüber Verwaltungen durchzusetzen. (Seite 6)

### Extremismus

Die Landeszentrale für politische Bildung erreicht bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus rund 60 000 Multiplikatoren. (Seite 8)

### Sportanlagen

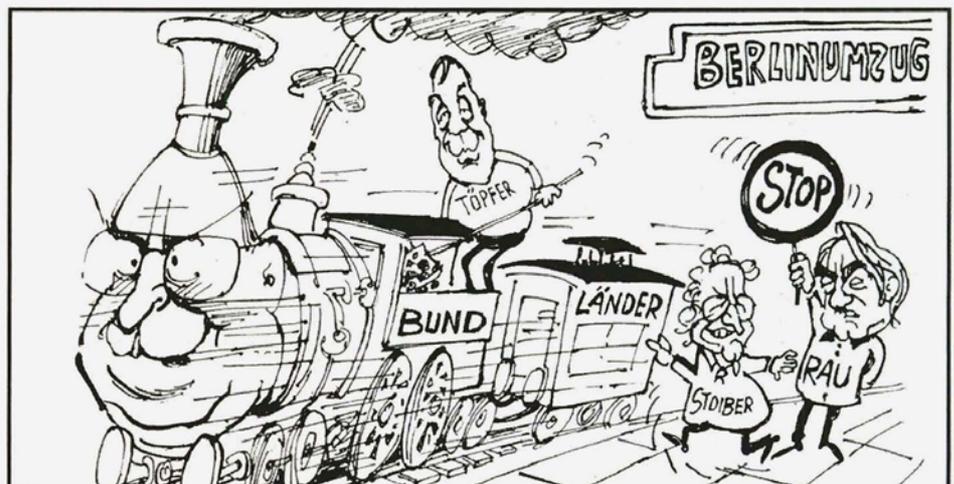
Viele Sporthallen und Schwimmbäder müssen dringend saniert werden. Das ergab die Aussprache über einen CDU-Antrag zu Sportanlagen. (Seite 9)

### Sizilien

Sizilien sucht Anschluß an die EU. Das ging aus Gesprächen mit sizilianischen Parlamentariern im Landtag hervor. (Seite 10)

### Migration

Zuschüsse für das Landeszentrum für Migration gelten als sicher. Das wurde im Ausschuß für Migrationsangelegenheiten bekannt. (Seite 13)



Der Zug ist abgefahren

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Finanzierung des Objektes muß auf Dauer tragbar sein

Von  
Gerd-Peter Wolf

Die Frage kann nicht sein, ob zu viel oder zu wenig Wohneigentum gefördert wird, sondern sollte vielmehr lauten, ob die richtigen Personengruppen gefördert werden. Sozialdemokraten haben auf Bundesebene viele Jahre dafür gekämpft, die progressionsabhängige steuerliche Förderung von Wohneigentum auf eine einkommensunabhängige Förderung umzustellen. 1995 haben Bonner Regierung und Regierungskoalition die Vorstellung endlich übernommen, und zum 1. Januar 1996 ist die Umstellung auf eine Eigenheim-Zulage erfolgt. Damit ist die steuerliche Förderung nach Höhe und Zeitdauer kalkulierbar geworden. Für die Definition der Zielgruppe, die darüber hinaus einer weiteren, öffentlichen Förderung bedarf, orientieren wir uns an den Eigentumsgrenzen des II. WoBaUG und berücksichtigen die landespolitischen Besonderheiten. Unser Ziel, die danach berechtigten Personengruppen mit angemessenem Wohnraum durch Bildung von Eigentum in Gebieten mit erhöhter Wohnungsnachfrage zu versorgen, versuchen wir u. a. dadurch zu erreichen, daß in fünf Förderungsmodellen schwerpunktmäßig die Zielgruppe innerhalb der Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus gefördert

Von  
Siegfried Zellnig

Die Landesregierung behindert den Wunsch der Menschen nach Eigentum in Nordrhein-Westfalen: Für die meisten Familien in Nordrhein-Westfalen mit mittlerem und unterem Einkommen bleibt Eigentum ein Traum. Im Gegensatz zum Bund, der mit seiner neuen Zulageverordnung den Einstieg in das Eigentum für untere und mittlere Einkommenschichten eröffnet hat, und im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, ist die nordrhein-westfälische Landesregierung kein Freund für die Eigentumsbildung einkommensschwächerer Haushalte. Die Förderzahlen im Eigentumsbereich gehen kontinuierlich zurück. Sollten 1992 noch fast 12 000 Eigentumsmaßnahmen gefördert werden, so sind es 1996 nur noch 8 600. Dabei hat Nordrhein-Westfalen bereits die schlechteste Eigentumsquote der westlichen Flächenländer. Nur rund 35 Prozent aller Haushalte in NRW haben Eigentum.

Selbst einige neue Bundesländer haben trotz 40 Jahre eigentumsfeindlicher SED-Herrschaft bereits jetzt eine fast gleichhohe Quote wie NRW erreicht! Dabei fordert aber die Landesverfassung die Verbindung breiter Volksschichten mit Grund und Boden. Diesem verfassungsrechtlichen Auftrag kommt Nordrhein-Westfalen nicht nach. Im Gegenteil: Die Bedingungen für den Eigentumserwerb werden immer weiter verschlechtert. Die bisher gewährten Aufwendungsdarlehen wurden von der Landesregierung in den ersten acht Jahren ersatzlos gestrichen, und ab 1998 ist vorgesehen, daß eine Förderung des klassischen Einfamilienheims durch die Vorgabe von verdichteten Bau-massen gänzlich entfällt!

Von  
Hedwig Tärner

Diese Frage kann nicht mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden. Die Aufgabe der sozialen Wohnungsbaupolitik ist es, angemessenen Wohnraum für die Menschen zu schaffen, die sich nicht oder nur unzureichend ohne finanzielle Hilfe versorgen könnten. Familien, Alleinerziehende mit Kindern oder Behinderte gehören zu der Zielgruppe, die durch staatliche Hilfe mit Wohnraum versorgt werden soll. In unserer Politik stehen dabei das Wohnen zur Miete oder im Eigentum wertneutral nebeneinander.

„Fördert NRW zu viel Wohnungen“ ist nicht die Fragestellung, die die Wohnungsbaupolitik prägt. Die Eigentumsquote ist aus der Sicht der Wohnungspolitik ohne eigenständigen Aussagewert. Sie ist stark abhängig von Siedlungsstrukturen, ökonomischen und demografischen Einflüssen. Das Ruhrgebiet ist eine stark verdichtete Region, die kaum mit dem ländlichen Raum verglichen werden kann. So gibt es in besonderem Maße in den Städten des Ruhrgebietes eine Vielzahl von Wohnungen, die im Besitz von Genossenschaften sind. Diese Form des Eigentums verbindet viele Vorteile für die Nutzer und Nutzerinnen. Ein Genossenschaftsmitglied, hat von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein lebenslanges Wohnrecht, geht aber geringere finanzielle Verpflichtungen ein. Diese

### SPD: Das NRW-Fördermodell ist sachgerecht austariert

wird. Als wesentlichen Faktor müssen wir aus unserer Sicht dabei berücksichtigen, ob im jeweiligen Falle unter Berücksichtigung der zu gewährenden Subventionen die Finanzierung des Objektes auf Dauer tragbar ist. Es nützt niemandem, wenn der Erwerb durch öffentliche Förderung unterstützt und erst ermöglicht wird, wenn bereits kurze Zeit später das Erhalten des Eigentums nur mit Wohneigentumssicherungshilfe möglich ist, oder die Eigentümer wegen der fehlenden Tragbarkeit der monatlichen Belastungen ihr Eigentum versteigern lassen müssen. Die Förderung von Wohneigentum für die berechtigten Personengruppen nimmt in den jährlichen Wohnungsbauprogrammen jeweils rund ein Drittel der Mittel in Anspruch. Die übrigen zwei Drittel gehen überwiegend in die Förderung des Mietwohnbaus. Eine höhere Priorität für den Mietwohnbaus als für die Eigentumsförderung ist aus unserer Sicht in einem einwohnerstarken und dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen (mit 18 Mio. Einwohnern) notwendig, wenn man unser wohnungspolitisches und das Ziel des II. WoBaUG erreichen will, möglichst breite Schichten der Bevölkerung mit adäquatem und finanziell tragbarem Wohnraum zu versorgen.

Aus unserer Sicht ist daher die Förderung von Wohneigentum in Nordrhein-Westfalen den Notwendigkeiten, den tatsächlichen Erfordernissen und den finanziellen Möglichkeiten im Lande angepaßt.

### CDU: Wunsch nach Eigentum wird behindert

Demgegenüber fällt auf, daß Wohnungsbauminister Vesper ein Mietaufwandsdarlehen für kinderreiche Familien mit fast 200 000 Mark subventioniert, eine direkte Förderung für eine gleiche kinderreiche einkommensschwache Familie jedoch nur etwa die Hälfte beträgt. Vollkommen unverständlich ist, warum Mietaufwandsdarlehen von Investoren doppelt so hoch gefördert werden wie Bauvorhaben, die kinderreiche Familien selbst errichten.

Nordrhein-Westfalen fördert also nicht zu viel Eigentum, sondern ist das Bundesland, welches die schlechteste Eigentumsförderung hat. Nach wie vor gehen seit Jahren weniger als ein Drittel der Gelder für die Wohnungsaufförderung in Eigentumsmaßnahmen. Dabei sind die gesetzlichen Vorgaben deutlich klar: Nach dem II. Wohnungsbaugesetz ist das Ziel der Wohnungsaufförderung die Beseitigung des Wohnungsmangels und eine breite Streuung des Eigentums für breite Teile der Bevölkerung. Der größere Teil der Fördermittel im sozialen Wohnungsbau soll daher auf die Bildung von Einzeleigentum verwandt werden. Für die CDU ist selbstbestimmtes und gesundes Wohnen im eigenen Heim erstrebenswertes Ziel. Vier von fünf Bürgern wünschen sich das. Das Eigentum bietet Sicherheit für die Zukunft und Unabhängigkeit von Mietpreisentwicklungen. Gerade Familien mit mittleren und kleinen Einkommen muß ein Weg in das Eigentum eröffnet werden. Zudem dient die Förderung des Eigentums auch der Entlastung des Mietwohnungsmarktes. Durch 100 neue Eigentumsmaßnahmen werden in der Regel zwei Drittel aller Fälle Mietwohnungen freigemacht; im Rahmen der Umzugskette davon allein 28 Sozialwohnungen!

Nordrhein-Westfalen fördert nicht zuviel Eigentumsmaßnahmen, sondern es ist eine wirkliche Eigentumsinitiative auf der Grundlage des CDU-Antrages „Wohnungsbauinitiative gegen rot-grünen Stillstand – Wunsch der Bürger nach selbstbestimmtem Wohnen erfüllen!“ – Ziel: 50 Prozent Eigentum in NRW (Drs. 12/1178) zu vollziehen!

### GRÜNE: Angemessen Wohnraum für die Menschen schaffen

Form der kollektiven Eigentumsbildung kann für viele, gerade einkommensschwache Menschen die ideale Lösung sein.

Bei der Förderung der Eigentumsmaßnahmen ist die ständige Streitfrage, hohe Förderungs-zahlen zu erreichen, oder den Schwellenhaus-halten, die es nicht ohne finanzielle Hilfe schaffen würden, die Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Mit den vorhandenen Mitteln muß wirksam gefördert werden, d. h. für mich gezielte Förderung der Haushalte mit geringem Einkommen.

Die Menschen, die auf die Förderung Anspruch haben, entscheiden sich selbst, ob sie den Schritt ins Eigentum gehen wollen. Die Förder-tätigkeit hängt vom Einkommen und der Familiengröße ab. Wir versuchen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, die Verwirklichung des Bauwunsches zu erleichtern. Die Förderung sieht zum einen das Baudarlehen vor, das in den ersten zehn Jahren zinslos ist, und zum anderen ergänzt wird durch ein Aufwendungs-darlehen. Das Aufwendungs-darlehen schützt die Familien nach dem Wegfall der steuerlichen Förderungen vor dem finanzielle Sturzflug. Für viele Menschen kann sich der Wunsch nach Wohnungseigentum auch mit der Landesförderung nicht erfüllen, oder sie streben es nicht an. Sozialer Mietwohnungsbau bietet für diese Menschen die Möglichkeit, angemessenen Wohnraum zu bekommen. Also, erfolgreiche Wohnungsbaupolitik läßt sich nicht mit einer Eigentumsquote messen, sondern ist eine ausgewogene Mischung von Eigentumsförderung und sozialem Mietwohnungs-bau.

## CDU-Opposition: „Kassenwart des Landes“ muß sich Wahrheit verpflichtet fühlen

# Koalition wertet Haushaltsentwurf als Zeichen solider Struktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik



Im Widerstreit der Finanzpolitik: v.l. Helmut Diegel (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) und Finanzminister Heinz Schlußer (SPD). Fotos: Schälte

Massive Vorwürfe hat die CDU-Fraktion bei der ersten Lesung des Landeshaushalts 1997 an den Finanzminister gerichtet. Als „Kassenwart des Landes“ müsse er sich Solidität und Wahrheit verpflichtet fühlen. Die 142 Milliarden Mark Schulden, die man im nächsten Jahr leider erreichen werde, habe er in seiner Einbringungsrede verschwiegen, betonte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Opposition, Helmut Diegel. Der Finanzexperte der SPD-Fraktion, Reinhold Trinius, wies die Einwürfe der Union als „Verdächtigung ohne Grundlage, die an Verleumdung grenzt“ zurück. Der von der Landesregierung beschlossene Haushaltsentwurf einer Koalitionsregierung sei Zeichen einer soliden und verantwortungsvollen Struktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der haushaltspolitische Sprecher der GRÜNEN-Fraktion, Dr. Stefan Bajohr, dankte der Koalition von SPD und GRÜNEN ausdrücklich „für ihre Arbeit und ihr Engagement“. Als Schwerpunkt des gemeinsamen Etats nannte er u.a. das Milliardenprogramm Arbeit und Umwelt. Finanzminister Schlußer (SPD) bekräftigte, er kapituliere vor nichts.

Helmut Diegel (CDU) hielt dem Finanzminister vor, die Verantwortung für die eigenen Fehler zu leugnen, das sei schon bemerkenswert. Hierfür ständig den Bund verantwortlich zu machen, sei nicht nur ein mieser Stil, sondern das nehme dem Minister auch langsam keiner mehr ab. Bei allem Versteckspiel stehe fest: der Finanzminister habe die Verantwortung für die Landesfinanzen. Der Finanzminister habe eigentlich die Aufgabe, an diesem Pult ungeschminkt die Fakten darzulegen, statt wie üblich Schönfärberei zu betreiben. „Gerade Sie als Kassenwart des Landes müßten sich doch der Solidität und Wahrheit verpflichtet fühlen“, meinte der finanzpolitische Sprecher der CDU. Dann hätte er berichten müssen, daß sich wichtige Haushaltsstrukturdaten im Vergleich von 1996 auf 1997 verschlechterten. So sinke die Investitionsquote von 11,4 auf 10,5 Prozent. Man habe es geschafft, die Investitionsquote innerhalb von 15 Jahren zu halbieren. Geradezu erschreckend sei die Ent-

wicklung bei der Kreditfinanzierungsquote. Diese nämlich steige dramatisch von 6,9 auf 8 Prozent. Zur Wahrheit gehöre auch, daß der Finanzminister ein einziges Mal hätte die Schuldenlast des Landes erwähnen müssen. Die 142 Milliarden Mark Schulden, die man im nächsten Jahr leider erreichen werde, habe er in seiner Einbringungsrede verschwiegen. Mit der lapidaren Ankündigung, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2000 auf eine Milliarde Mark reduzieren zu wollen, sei es nun wirklich nicht mehr getan. Zur Wahrheit und Klarheit gehöre auch, daß der Finanzminister gegenüber der 96er Planung erhebliche Minderausgaben habe verbuchen können. Die Steigerung der Personalausgaben sei um 800 Millionen Mark geringer, als vom Finanzminister erwartet worden sei. Im übrigen sei dies kein Ergebnis von Sparanstrengungen, sondern das Resultat eines moderaten Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst. Diegel fuhr fort, die Zinsausgaben lägen um 300 Millionen Mark unter dem Niveau, das noch Anfang 1996 erwartet worden sei. Das unvorhergesehene Finanzloch habe also nicht 3,3 Milliarden sondern nur 2,2 Milliarden Mark betragen.

Zur Wahrheit gehöre weiter, daß es nicht reiche, einfach so schulterzuckend den Rückgang von Investitionen um 600 Millionen Mark zu verkünden. „Warum sagen Sie denn nicht, daß Sie damit mehr als 7 000 Arbeitsplätze vernichten“, wandte er sich an den Finanzminister. Aber für „GRÜNE Spielwiesen“ sei Geld in Hülle und Fülle vorhanden. Für sie werde das Geld buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen. Das seien mehrere Hundert Millionen Mark. „Fragen Sie doch einmal die Bürger draußen, was sie davon halten, daß sich Nordrhein-Westfalen für 1,9 Millionen Mark ein Schwulen- und Lesbenreferat leistet“, meinte Diegel. Der Minister solle die Bürger fragen, ob sie es für nötig hielten, in Frauenhäusern 244 hauptamtliche Betreuerinnen zu bezahlen. „Vom alternativen Feministinnenprojekt über die Schwulen-Initiative bis hin zu bestimmten Dritte-Welt-Gruppen stehen sie alle da und lassen sich vom Land die Tasche mit Staatsknete füllen“. Der Abgeordnete nannte es schlichtweg unredlich, dem staunenden Publikum von 22 000 hart erkämpften, künftig wegfallenden Stellen zu erzählen und gleichzeitig zu verschweigen, daß das Land in Wirklichkeit ständig mehr Leute beschäftige. Diegel stellte darüber hinaus fest, dem Land seien in den vergangenen 20 Jahren Steuereinnahmen in der Größenordnung von 80 Milliarden Mark entgangen.

## Gorbatschow besucht Landtag

Der frühere sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow besucht auf Einladung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt am Freitag, 20. September, das nordrhein-westfälische Landesparlament. Gorbatschow wird sich im Rahmen eines Empfangs in das Gästebuch des Landtags eintragen. Im Anschluß daran begleitet er Landtagspräsident Ulrich Schmidt in den Plenarsaal zu den 350 Kindern, die am Weltkindertag im Landtag NRW über Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern in der Demokratie diskutieren werden.

Reinhold Trinius (SPD) stellte fest: „Der von der Landesregierung beschlossene Haushaltsentwurf einer Koalitionsregierung ist Zeichen einer soliden und verantwortungsvollen Struktur-, Wirtschafts- und Finanzpolitik“. Solidität kennzeichne vor allem die Steigerungsrate des Etats, die nach den Kriterien des Finanzplanungsrats auf der Ausgabenseite nur 0,9 Prozent betrage, obwohl dieses Gremium für alle öffentlichen Ebenen eine Steigerung um zwei Prozent für vertretbar halte. Das mache deutlich, „welche Kraftanstrengung das Land zu einer soliden Haushaltswirtschaft unternommen hat“. Dennoch müsse die Nettokreditemächtigung gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht werden, weil sich die Steuereinnahmen nicht wie vor-

ausgeschätzt entwickelten und auf das Land zusätzliche Leistungen zukämen, wobei der Sprecher 200 Millionen für die Kohle nannte, aus der sich die Koalition in Bonn nach und nach verabschieden wolle. Insgesamt 4,4 Milliarden an Aufwendungen — darunter allein 1,5 Milliarden zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik und 2,3 Milliarden weniger auf der Einnahmeseite — könne das Land nicht beeinflussen. Davon trügen das Land 3,3 und die Gemeinde des Landes 1,1 Milliarden. Das Land müsse angesichts sinkender Steuereinnahmen mehr zahlen, weil die Einnahmen in anderen Ländern noch stärker zurückgingen; solche Gesichtspunkte dürften bei einer objektiven Beurteilung des NRW-Landeshaushalts nicht unberücksichtigt bleiben, fand Trinius.

Zu den Aussagen der CDU in Sachen WestLB meinte der Sprecher, sie erfüllten den Tatbestand der wohlkalkulierten Verdächtigung und grenzten an Verleumdung. „Ihnen hätte gut angestanden, zu sagen, das Personal der Finanz- und Steuerverwaltung in Nordrhein-Westfalen arbeitet korrekt, verlässlich, ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen der Institution“, hielt er der Opposition vor, der er im weite-

Hauptgrund für die steigende Schuldenlast des Landes liege nicht in Düsseldorf, sondern „der Grund dafür thront in Bonn und heißt Kohl“. Die steigende Zinslast erschwere den Abbau der Massenarbeitslosigkeit, soziale Reformen und den ökologischen Umbau, für den NRW weit mehr ausgeben als andere Bundesländer. An Rhein und Ruhr werde man in fünf Jahren rot-grüner Koalition beweisen, daß Umweltinvestitionen zu Arbeitsplätzen führen. Ökologie sei keine Belastung, sondern die Voraussetzung für die ökonomische Erneuerung des Landes. Vom ökologischen Umbau würden vor allem kleinere und mittlere Betriebe profitieren, erklärte Bajohr, ihre Förderung mit rund 300 Millionen stehe im Mittelpunkt rot-grüner Wirtschaftspolitik. In der Verkehrspolitik werde man die Infrastruktur für den Umweltverbund aus Bussen, Bahnen, Rad- und Gehwegen verbessern und die Landesmittel für den Landstraßenneubau auf 130 Millionen Mark kürzen, wobei man sich einig sei, „daß weitere Einsparungen beim Straßenverkehr möglich und nötig sind“. Deshalb strebe seine Fraktion an, den Haushaltsentwurf mit seinen für den Landesstraßenneubau vorgesehenen 150 Millionen Mark erheblich nach unten zu korrigieren.

besser als ihr Ruf“, stellte der Sprecher fest und räumte zwar große Sorgen wegen der Neuverschuldung des Landes ein, andererseits dürfe man das Konsolidierungsziel „nicht wie eine Monstranz vor sich hertragen“. Man müsse vielmehr die tatsächliche Entwicklung von Gesamt- und Neuverschuldung kritisch verfolgen. Darum sei über mögliche Konsequenzen steigender Staatsschulden und über Gegenstrategien nachzudenken.

**Finanzminister Heinz Schluöber** (SPD) erklärte in Richtung des CDU-Redners Diegel, er finde, es habe einen guten Grund, daß dieser so sparsam mit Vergleichen zwischen NRW und der Bundesregierung gewesen sei. Dies deshalb, weil er keinen Grund habe nennen können, in dem der Bund besser sei als Nordrhein-Westfalen (zeitgleich liefen die Haushaltsberatungen in Bonn). Das gelte für die Zinsquote, für die Kreditfinanzierungsquote, für den Schuldenstand. Dazu, daß NRW in der Steigerungsrate höher liege, meinte der Minister, das sei zunächst einsichtig, wenn man sehe, wie der Bund seine Ausgaben heruntergefahren habe. Da seien den Ländern, vorwiegend den neuen Bundesländern, 5,5 Milliarden Mark an Investitionshilfen gekürzt worden. Da würden acht Milliarden Mark Arbeitslosenhilfe gekürzt. Da erhalte das Bundeseisenbahn-Vermögen drei Milliarden Mark weniger. Er sehe gelassen den Beratungen in den Ausschüssen entgegen, wenn es darum gehe, ob dieser Haushalt der Verfassung entspreche oder nicht. „Ich sage Ihnen: Wir sind in Nordrhein-Westfalen noch einige 100 Millionen Mark von der Verfassungsgrenze entfernt, unser Haushalt ist auf der richtigen Seite.“ Zur Verschuldung sagte Schluöber, diese sei immer wieder ein gern diskutiertes Thema der Opposition. „Das ist unstrittig.“ Er rede immer wieder davon, was man tun müßte, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. „Aber ich sage: Sie müssen das auch einpassen in das, was bundesweit und europaweit möglich ist. Es ist richtig: 121 Milliarden Mark Ende 1995, vermutlich 127 Ende 1996. Diese absoluten Zahlen stimmen. Aber sie haben eigentlich keinen Aussagewert, weil Vergleichsmaßstäbe herangeholt werden müssen; denn wir vergleichen ja auch nicht absolute Zahlen beispielsweise mit dem Saarland oder mit anderen Ländern“, merkte der Minister an. Man sei eigentlich doch einig gewesen, daß die Maastricht-Kriterien ein vernünftiger Maßstab sein müßten. „Bewerten Sie einmal Nordrhein-Westfalen anhand dieses Maßstabes!“ Bei der Schuldenaufnahme gemessen am Bruttoinlandsprodukt seien es drei Prozent. Er habe beim letzten Mal dargelegt, daß man davon 0,8 Prozent in Anspruch nehme. „Akzeptieren wir die Weigelsche Meinung, daß diese drei Prozent hälftig verteilt werden sollen, sind wir beispielsweise im Gegensatz zum Bund immer noch ein gutes Stück dabei, europäische Verantwortung zu übernehmen“, betonte Schluöber. Er schloß, vor diesen Haushaltsberatungen habe der Kollege Linssen gemeint, man kapituliere vor roten Zahlen und grünen Begehrlichkeiten. Das sei ein nettes Wortspiel, aber nicht viel mehr, „denn der Finanzminister kapituliert vor nichts, nicht vor roten Zahlen und erst recht nicht vor unhaltbaren Behauptungen der Opposition“.



Bei der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes 1997: Am Rednerpult der Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Diegel. Die Sitzung leitet Landtagspräsident Ulrich Schmidt (3. v. l. oben). In der vorderen Reihe die Regierungsbank mit Ministerpräsident Johannes Rau (SPD, vorne 4. v. l.).

ren den Vorwurf machte, mit der von der Bundesregierung geplanten Abschaffung der Vermögensteuer würden die Einnahmen des Landes um ganze 2,3 Milliarden Mark beschnitten; während die CDU die Vermögen entlasten wolle, verschiebe sie auf der anderen Seite die angekündigte Erhöhung des Kindergelds. Das erzeuge eine soziale Schieflage und sorge für weitere Verdrossenheit gegenüber der Politik.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) meinte, das Land nehme mit dem Etat „Kurs in Richtung auf die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit und Armut — und das in einer äußerst schwierigen finanzpolitischen Lage“. Der

In der Kulturpolitik wolle Rot-Grün die regionalen Kräfte stärken, das Schwergewicht liege auf der Förderung öffentlicher Bibliotheken. In der Sozialpolitik bleibe das Land das soziale Gewissen dieser Republik. Justizpolitisch setze man verstärkt auf den Täter-Opfer-Ausgleich („Versöhnung und Einsicht sollen an die Stelle von Rache und Vergeltung treten“). In der Bildungspolitik würden keine Stellen im Lehrerbereich gestrichen, für die Abdeckung des Unterrichtsbedarfs gebe es ein Konzept, für dessen Differenzierung nicht zuletzt die GRÜNEN Sorge getragen hätten.

„Diese Koalition arbeitet erfolgreich am rot-grünen Reformkurs. Diese Koalition ist

## Gemeindefinanzierungsgesetz

# Viele Kommunen stehen kurz vor der Pleite

Die Kommunen befinden sich in schwierigen Zeiten. Darin waren sich die Sprecher aller Fraktionen sowie der Innenminister als Kommunalminister einig. Die Opposition vertrat bei der ersten Lesung des Gemeindefinanzierungsgesetzes sogar die Ansicht, Städte und Gemeinden stünden vor der größten finanziellen Herausforderung der Nachkriegsgeschichte.

**Albert Leifert** (CDU) betonte, die Kommunen seien auf die Solidarität des Landes angewiesen. Sie benötigten ausreichende Handlungsspielräume. Die Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens stünden vor der größten finanziellen Herausforderung der Nachkriegsgeschichte. In den Vermögenshaushalten der Städte und Gemeinden würden Investitionen radikal zurückgefahren. Innerhalb der kommunalen Verwaltungshaushalte hätten sich die Defizite auf 3,9 Milliarden Mark in 1995 gegenüber 1,4 Milliarden Mark in 1994 fast verdreifacht. Leistungen für Sport, Kultur und vieles andere mehr müssten zurückgefahren werden. Aber selbst die völlige Einstellung aller freiwilligen Leistungen der Gemeinden für diese Bereiche könnte die Disparitäten nicht beseitigen. Jede zweite Gemeinde könne ihren Haushalt strukturell nicht mehr ausgleichen. Jede dritte Gemeinde gerate unter Kuratel eines Haushaltssicherungskonzeptes. Leifert folgerte: „Eine immer stärker steigende Zahl von Gemeinden in Nordrhein-Westfalen steht kurz vor der Pleite.“ Das sei die objektive, aber miserable Lage der Kommunen im Lande nach 30 Jahren SPD-geführter Landespolitik. Ursachen neben anderen seien in der verfehlten Wirtschaftspolitik des Landes zu finden und in den ständigen Kürzungen des Anteils der Kommunen an den Landessteuereinnahmen. Der Abgeordnete berichtete, sich auf Aussagen des Ministerpräsidenten berufend, Schlüsselzuweisungen sollten wie Landesausgaben steigen, aber da der Finanzminister systematisch Jahr für Jahr die Steuereinnahmen zu hoch einschätze, fräßen auch regelmäßig die Abrechnungsbeträge Jahr für Jahr diese Steigerung wieder auf.

**Jürgen Thulke** (SPD) unterstrich, Land und Kommunen befänden sich in finanziell schwierigen Zeiten. Es werde sich auch im Rahmen der jetzt anstehenden Haushaltsberatungen zeigen, wie eng die Spielräume geworden seien, um verantwortungsvolle und berechenbare Politik zu machen. Während das Land trotz aller festzustellenden Restriktionen an seiner Zusage für die Finanzausstattung der Kommunen festhalte, könne man beobachten, wie sich der Bund weiter unbekümmert auf Kosten der Länder und Kommunen saniere. So führe etwa das Arbeitslosenreformgesetz des Bundes mittelbar zu einer Mehrbelastung der Gemeinden in Höhe von 210 Millionen Mark jährlich. Auch die weiteren zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindlichen



Sorgen um die Kommunen: v.l. Albert Leifert (CDU), Jürgen Thulke (SPD), Ewald Groth (GRÜNE) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD).

chen Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung würden ebenfalls Auswirkungen auf die Aufwendungen der Kommunen für soziale Leistungen haben. Dies räume die Bundesregierung durchaus ein. Ein ernsthaftes Bemühen, den Kommunen für die Mehrbelastung eine angemessene Kompensation in anderen Bereichen zu gewähren, sei aber nicht ersichtlich. Auch für die Gewerbesteuer, die ab 1997 entfallen, gebe es noch keinen akzeptablen Ersatz. Aber auch dort, wo der Bund, ohne eigene Einnahmen neu verteilen zu müssen, für die Kommunen Einnahmemöglichkeiten hätte schaffen können, unterlasse er dies. Thulke erinnerte an die Beratungen des Telekommunikationsgesetzes des Bundes, das verabschiedet worden sei, ohne dem berechtigten Anliegen der Kommunen Rechnung zu tragen, Wegeentgelte zu Lasten der Lizenznehmer vorzusehen. Er scheue sich in diesem Zusammenhang nicht, sein Unverständnis für die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Ausdruck zu bringen, die trotz der Appelle aus den Ländern und auch dieses Landtags den Gesetzentwurf unverändert mitgetragen habe, schloß der Abgeordnete.

**Ewald Groth** (GRÜNE) erläuterte, die Finanzen des Landes NRW würden von steigenden Lasten für die Einheit in Anspruch genommen. Weil es anderen Bundesländern noch schlechter gehe als NRW, zum Beispiel Baden-Württemberg, zahle man in Nordrhein-Westfalen, „obwohl es uns beileibe nicht gut geht“, mehr als je zuvor in den Topf: insgesamt 5,2 Milliarden Mark. Allein für die Kommunen bedeute das: 2,2 Milliarden Mark seien zu tragen. Das reiße ein ungeheures Loch in die kommunalen Kassen. Dies sei eine reale Steigerung von fast 250 Millionen Mark oder in Anteilen ausgedrückt von 12,5 Prozent, die die Kommunen durch Einheitslasten mehrbelastet würden, weil es anderen Bundesländern noch schlechter gehe. Während der Daimler-Benz-Konzern seine Gewinne von Baden-Württemberg ins Ausland verschiebe und durch seinen Chef Jürgen Schrepp verkünden lasse, daß man bis ins Jahr 2000 in der Bundesrepublik keine Steuern zahlen werde, schaue der Bundesfinanzminister den Tatsachen untätig zu und rede weiter der steuerlichen Entlastung von Unternehmen das Wort. Gleichzeitig sei der Anteil der

Lohnsteuer, die Einkommensteuer der Arbeitnehmerschaft, am Gesamtaufkommen der Steuern ständig gestiegen.

**Innenminister Franz-Josef Kniola** (SPD) führte die schwierige Situation der Gemeindefinanzen auf der Einnahmeseite auf den beträchtlichen Rückgang der originären Steuereinnahmen und auf die deutlichen Mindereinnahmen, die den Gemeinden durch die Wirtschafts- und Steuergesetzgebung des Bundes gebracht würden. Auf der Ausgabenseite, die andere Hälfte der Wahrheit, die andere Hälfte der Wahrheit der kommunalen Finanzen, sei die Finanzsituation im wesentlichen durch die enormen Soziallasten verursacht, die die Kommunen zu tragen hätten — und die seien zumeist Folge bundespolitischer Entscheidungen, fügte der Minister an. So sei die Finanzierung des Aufenthalts von Bürgerkriegsflüchtlingen weder eine kommunale noch eine Landesaufgabe, betonte Kniola: „Es wird Zeit, daß der Bund seinen Pflichten im Interesse der Gemeinden endlich nachkommt“. Zum Gesetzentwurf meinte der Minister: „Aus meiner Sicht ist das Gemeindefinanzierungsgesetz 1997 im wesentlichen durch die Verlässlichkeit auch in schwieriger Finanzsituation des Landes gekennzeichnet.“ So sei es gelungen, die zusätzliche Befragung des Jahres 1996 nicht wie geplant erst 1998, sondern — „mit Unterstützung der Fraktionen“ — schon im kommenden Jahr zurückzunehmen, „das ist ein wichtiger Erfolg zugunsten der Städte und Gemeinden“. Hinzu kämen die fast 150 Millionen, die als Anpassungshilfen im GFG stünden, zudem werde ein Strukturfonds eingerichtet, der 1997 mit 50 Millionen starte und für den höhere Beträge in den kommenden Jahren vorgesehen seien.

**Albert Leifert** (CDU) kritisierte die Herausnahme der Gewerbesteuerumlage aus dem kommunalen Finanzverbund: Da seien 1991 die Gemeinden einträchtig in Bonn über den Tisch gezogen worden, weil abzusehen war, daß diese Einnahmen und damit auch der Anteil der Kommunen daran sehr schnell steigen würden. Es sei als schlichtweg falsch anzusehen, daß die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden an den Einnahmesteigerungen mit 23, an den Belastungen aber mit 42 Prozent beteiligt seien. Das sei in allen Ländern, nicht nur in NRW, so und habe vor allem mit den Machtstrukturen in Bonn zu tun.

## **Jahresbericht der Vorsitzenden des Petitionsausschusses**

### **Dritter Sprechtag: Detmold – 1997 Köln und Düsseldorf**

*Barbara Wischermann (CDU), Vorsitzende des Petitionsausschusses in der 12. Wahlperiode, gab im Plenum am 11. September ihren ersten Bericht über die Arbeit des Ausschusses ab. 4832 Bitten und Beschwerden zu Schulproblemen, Planungsfragen, Arbeit der Polizei und des Finanzamts, zum Beitrags- und Abgaberecht und zu Versorgungsansprüchen seien seit Beginn der neuen Wahlperiode eingegangen. Unter anderem stellte die Vorsitzende fest:*

„Für uns steht die sachliche, neutrale Arbeit am Fall im Vordergrund. Nur so kann effektiv für die Bürger gearbeitet werden.“ Der Ausschuß sei bestrebt, unabhängig von der Parteipolitik den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, ihr Anliegen gegenüber der Verwaltung durchzusetzen.

Nach Artikel 41a der Landesverfassung besitzt der Petitionsausschuß gegenüber den Behörden unseres Landes das Recht auf Akteneinsicht, auf jederzeitige Auskunft, das Recht auf Zutritt zu allen Einrichtungen des Landes, das Recht auf Anhörung von Behördenvertretern, Zeugen, Sachverständigen und des Petenten selbst,“ erläuterte sie. Wenn der Petitionsausschuß es für notwendig erachtet, kann er sogar Zeugen vereidigen.“

Weiter berichtete Abgeordnete Wischermann:

„In Einzelgebieten, z. B. im Baurecht, haben wir bis zu 50 Prozent Erfolge im Sinne der Petenten zu verzeichnen, wenn wir den Fall nach Artikel 41a behandelten. Bei Entscheidungen, die nur nach Aktenlage getroffen werden, bewegt sich die Erfolgsquote allenfalls zwischen 20 und 30 Prozent. Hieraus können Sie allein schon ersehen, wie wichtig es ist, sich vor Ort zu informieren.

In der letzten Legislaturperiode haben wir immerhin fast 4 000 Petitionen und seit Beginn der 12. Legislaturperiode bis heute bereits 1 113 Petitionen nach diesem besonderen Verfahren bearbeitet. Alle Kolleginnen und Kollegen machten häufig die Erfahrung daß trotz des unbestreitbar hohen Aufwandes, den Ortsbesichtigungen oder Gespräche mit Petenten und Behördenvertretern vor Ort mit sich bringen, dieses das wirksamste Mittel des Ausschusses ist. Es bietet die Möglichkeit, die Kontrahenten an einen Tisch zu bringen. Sehr häufig lassen sich im gemeinsamen Gespräch zwischen dem Berichterstatter, dem Petenten und den Behörden Einvernehmen erzielen. In der Lösung der Konflikte sehen wir eine Hauptaufgabe ...

Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung motivieren, ihre Aufgaben so zu erfüllen, wie es der Bürger in einem serviceorientierten sozialen Rechtsstaat und einer humanen Demokratie erwarten darf ...

Bereits in der letzten Legislaturperiode ist der Petitionsausschuß — auch nach Abstimmung mit der Landesregierung — dazu übergegangen, ausgewählte Petitionen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern unmittelbar nach Artikel 41a zu behandeln.

Der Petitionsausschuß möchte nämlich nicht dazu beitragen, daß der unberechtigte Aufenthalt von Ausländern durch ein schwe-



*Ausschußvorsitzende Barbara Wischermann (CDU)*

bedes Petitionsverfahren verlängert wird. Dies gilt insbesondere für Petitionen, in denen das Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen ist und ersichtlich keine Gründe für ein Bleiberecht aus humanitären Überlegungen vorgetragen werden ...

Die Härtefallkommission kann selbstverständlich Entscheidungen der Ausländerbehörden nicht rückgängig machen. Sie kann auch nicht über die Frage der politischen oder individuellen Gefährdung eines Asylsuchenden selbständig entscheiden ... Über diese Frage entscheidet allein das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ...

Im Ergebnis bleibt festzustellen, daß die Härtefallkommission nichts anderes macht, als was der Petitionsausschuß schon seit Jahren — zum Teil auch mit positivem Ergebnis — praktiziert. Wir hätten es daher lieber gesehen, wenn die Härtefallkommission, — wenn es sie überhaupt geben mußte —, dem Petitionsausschuß angegliedert worden wäre ...

Erstmals im Herbst letzten Jahres haben wir einen Sprechtag in Verbindung mit einer außerordentlichen Sitzung des Petitionsausschusses in den Räumen der Bezirksregierung Arnsberg durchgeführt. Der zweite Sprechtag fand bei der Bezirksregierung in Münster statt. Presse und Rundfunk haben im Vorfeld über unser Kommen berichtet. Ich konnte im Fernsehen die Bürger über die Sprechstunden informieren und sie aufordern, mit ihren Anliegen zu uns zu kommen.

Von diesem Angebot haben in Arnsberg 40 und in Münster immerhin 90 Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht. Sie wurden von uns im einzelnen beraten, wobei wir nicht alle vorgetragene Sachverhalte als Petitionen entgegennehmen konnten.

Wir habe ihnen aber in den Beratungsgesprächen Wege aufgezeigt, was sie unternehmen können, an welche Stelle sie sich wenden müssen, um möglicherweise doch

noch zum Erfolg zu kommen. Interessant war die Feststellung, daß 90 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger erstmalig von der Institution des Petitionsausschusses aus der Presse, dem Fernsehen und dem Rundfunk erfahren hatten. Dies bestätigt die Richtigkeit unserer Vorgehensweise.

Die Befürchtung, die im Vorfeld dieser Einrichtung einer Sprechstunde geäußert wurden, daß diese möglicherweise nur von Querulanten wahrgenommen würden, hat sich bei den Terminen nicht bewahrheitet. Im November werden wir einen weiteren Sprechtag in Detmold abhalten. Als Ansprechpartner sind wir im nächsten Jahr für die Anliegen der Bürger- und Bürgerinnen in Köln und Düsseldorf da ...

Der Petitionsausschuß ist das Bindeglied zwischen dem Parlament und dem Bürger einerseits und dem Bürger und der Verwaltung andererseits. Wir versuchen, doch zwischen dem Bürger und der Verwaltung zu vermitteln und zu einem Interessenausgleich zu kommen. Manchmal haben wir allerdings den Eindruck, daß dem Parlament nicht bewußt ist, welch ein positives Instrument es durch den Petitionsausschuß in der Hand hat, Politikverdrossenheit abzubauen und Bürgernähe zu praktizieren.“

**Landtagsvizepräsident Dr. Hans Ulrich Klose** dankte der Vorsitzenden Wischermann für den Bericht und erklärte:

„Der Petitionsausschuß sieht in diesem Land auf eine langjährige gute Tradition zurück. In der neuen Wahlperiode ist diese offensichtlich nicht nur fortgesetzt, sondern weiterentwickelt worden, wenn ich an Ihren Hinweis auf den Sprechtag, den Sie durchgeführt haben, denke. Ich finde das ausgezeichnet. Wie Sie zutreffend bemerkt haben, sind wir uns nicht immer alle ganz klar über die Bedeutung des Ausschusses, die meisten aber doch. Was sie leisten ist eigentlich mehr als Bürgerservice, es ist ein Dienst am Bürger. Das möchte ich ausdrücklich herausstellen.“

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) begründete die Debatte mit der Absicht der Bundesregierung, eine nationale Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes durchzusetzen, die nach Ansicht der SPD unausgegoren und unausgewogen sei. Nach der Richtlinie sei es nicht ausgeschlossen, daß Nachbarländer wie Frankreich ihren Strommarkt abschotteten und damit Wettbewerb verhinderten. Die SPD begrüße die Liberalisierung, da Wettbewerb mit preisgünstiger Energie im Interesse der Kunden und des Standorts sei. Einschränkungen seien jedoch zugunsten der gemeinwirtschaftlichen Versorgung nötig. Das Bundeswirtschaftsministerium wolle eine schockartige Sofortöffnung auf 100 Prozent, die EU nur eine schrittweise Öffnung. Das könne zu Rosinenpickerei führen. Weniger lukrative Gebiete, Kommunen und Kleinverbraucher müßten die Zeche zahlen. Kommunale Versorger fürchteten Einnahmeverluste von bis zu drei Milliarden Mark. Die bewährte NRW-Struktur aus zwei Verbundunternehmen RWE und VEW, 12 regionalen EVU's und über 100 Stadtwerken sei in Gefahr.

**Dr. Helmut Linsen** (CDU), Fraktionsvorsitzender, vermißte Aktualität, da es Auswirkungen auf ganz Deutschland gebe. Im Energiemarkt lägen große Potentiale für Innovation und Kostenreduktion. Die CDU sehe die notwendigen Kompromisse weitgehend umgesetzt. Deutschland liege bei den Strompreisen zu hoch. An die Arbeitsplätze in der gesamten Industrie, nicht nur in der Stromwirtschaft komme es an. Es sei keine Dauersubventionierung für bestimmte Primärenergien, für Kraft-Wärme-Kopplung und Fernwärme vorgesehen. Die Stadtwerke könnten auf überhöhte Deckungsbeiträge verzichten und frühzeitig rationalisieren und kooperieren. Sie könnten auch Wegerechte verweigern, wenn Versorgung gefährdet sei. Die befürchteten Mindereinnahmen könnten durch eine Konzessionsabgabe für die Direktleitung ausgeglichen werden.

**Dr. Manfred Busch** (GRÜNE) hielt ihm vor, von falschen Voraussetzungen auszugehen und die dramatischen Änderungen nicht zu sehen. Auf der Strecke blieben Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die Interessen der Kommunen und kleiner Unternehmen. Rexrodt plane das Gegenteil von Verbraucherschutz. Unser Preisniveau sei hoch wegen der Energieverschwendung und der Überkapazitäten. Least-cost-Planning werde unmöglich. Vom grenzüberschreitenden Stromhandel ab 1997 würden nur die großen Kunden profitieren. Die Stadtwerke müßten ihre Kosten auf private Haushalte und Gewerbekunden umlegen, könnten ihre Heizkraftwerke nicht mehr auslasten und würden ihre Großkunden verlieren. Die Novelle wäre eine Katastrophe.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) hielt die stufenweise Liberalisierung nach der EU-Richtlinie für vernünftig. Wettbewerb der Stromversorgung sei grundsätzlich zu begrüßen. Die Gefährdung der pluralistischen Versorgungsstruktur halte er für falsch. Die EU-Richtlinie erlaube Einschränkungen des Wettbewerbs für Verbraucher- und Umweltschutz. Den EVU's müßten Versorgungsrechte in einem Gemeindegebiet garantiert werden. Die Überlegungen auf Bundesebene seien für einen energiepolitischen Konsens nicht geeignet. Bei total dereguliertem Markt und Preis-

## Aktuelle Stunde über Energie-Binnenmarkt

### Stadtwerke fürchten Einbußen durch EU-Strom

*In einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 12. September über den „Stand der Diskussion um die EU-Binnenmarktrichtlinie Strom und die nationale Energierechtsreform“ und die „Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“.*

kampf habe Umwelt- und Ressourcenschutz keinen Spielraum.

**Laurenz Meyer** (CDU) vermißte Alternativen zu den Entwürfen aus Bonn und Brüssel und hielt die Deregulierung für notwendig, gegen die sich allerdings die Betroffenen wehrten. Least-cost-Planning heiße, Stromsparen zu unterstützen, wenn es günstiger sei, als neue Kraftwerke zu bauen. Das werde durch Wettbewerb gefördert. Die Konzessionsabgabe habe 20 Jahre Bestandsschutz. Gleiche Preise in den Regionen seien zu beachten. Eine Tendenz zu kleineren Kraftwerkseinheiten sei im Sinne der GRÜNEN. Auch mehr Gas werde es geben. Subventionen als Lenkung würden ausfallen.

**Jürgen Thulke** (SPD) bezweifelte die verarmenden Ausführungen der CDU und trug aus Sicht der Kommunen vor, die Einnahmen aus Fernentsorgung und Konzessionsabgaben seien gefährdet. Sie rechneten mit erheblichen Einbußen. Ein Ausgleich sei nicht in Sicht. Flott gesagt, sei eine entschädigungslose Enteignung geplant. Das müsse verhindert werden.

**Gerd Mai** (GRÜNE) zitierte Bundestagskollegen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Auch in NRW stiegen die Emissionen wieder. Die Ziele der Bundesregierung ließen den Klimaschutz gänzlich unberücksichtigt, ebenso Energieeffizienz und -einsparung. Nach der Marktöffnung könnten die Energieversorgungsunternehmen jeden Konkurrenten mittels Dumpingpreisen vom Markt fegen. Die Kommunen hätten dabei keine Chance.

**Minister Wolfgang Clement** (SPD) betonte, auf annähernd gleiche Bedingungen in Europa komme es an. Was NRW im Energiespar- und Umweltbereich bereits aufgebaut habe, gefährde der Bundeswirtschaftsminister, wenn er Öffnungsklauseln faktisch dicht mache.

**Dr. Helmut Linsen** (CDU) äußerte sich überzeugt, daß die Konzessionsabgaben wie bisher erreicht und daß durch billigere Energie Arbeitsplätze geschaffen und gesichert würden. Anstelle der Gutsherrenart der EVU's solle der Preislenkungsmechanismus wirken



*„Begegnung mit Zeitzeugen“ nannte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l. mit Heinrich Siepman) die Kunstausstellung im Landtag anlässlich dessen 50jährigen Bestehens. Werke von acht bildenden Künstlern aus NRW waren zu sehen, die in der Nachkriegszeit zum „jungen westen“ gehörten oder ihm nahestanden.*

## Landtag dankt Künstlern des „jungen westens“

In Anwesenheit von fünf Künstlern und zahlreichen Ehrengästen sowie Abgeordneten eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 11. September eine Kunstausstellung mit Werken von acht Malern und Bildhauern des „jungen westens“: Karl Otto Götz, Bruno Goller, Thomas Grochowiak, Ernst Hermanns, Bernard Schultze, Emil Schumacher, Heinrich Siepman, Hann Trier. Er dankte ihnen stellvertretend für die ganze Nachkriegsgeneration der Künstler für ihr Schaffen, mit dem sie nach dem Ende der Diktatur dazu beigetragen hätten, Deutschland aus der Isolation zu befreien. Der

Landtag leiste sich zu seinem 50. Geburtstag diese Ausstellung, um den hohen Rang auszudrücken, den die Landespolitik der Kunst und der Kultur einräume. Professor Karl Ruhrberg erläuterte, die Künstlergruppe „junger westen“, 1948 gegründet in Recklinghausen, habe die Rhein-Ruhr-Region mit einem Schlag zum Vorort der deutschen Avantgarde gemacht. Hier seien die künstlerischen Entscheidungen für die folgenden Jahre gefallen. Seitdem werde die Kunstentwicklung in NRW weltweit beachtet. Die Asstrahlung der Werke des „jungen westens“ wirke bis in die Gegenwart.



Die SPD-Abgeordnete und Landrätin Ursula Bolte (M.) ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) überreichte im Kreishaus Rheda-Wiedenbrück die vom Bundespräsidenten verliehene Auszeichnung. In seiner Laudatio sagte der Präsident, ein Schwerpunkt des Engagements der Politikerin Bolte liege im sozialen Bereich. Im Kreistag des Kreises Gütersloh habe sie im Jugendwohlfahrtsausschuß, im Sozialausschuß und im Sportausschuß mitgearbeitet, dessen Vorsitzende sie 15 Jahre lang gewesen sei. Ein besonderes Anliegen sei ihr die Frauenförderung. Das Amt der Vorsitzenden der Landschaftsversammlung habe sie schweren Herzens Anfang dieses Jahres aufgeben müssen, weil sie sich habe auf das Landtagsmandat konzentrieren wollen. Im Landtag arbeite sie im Hauptausschuß und im Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform mit und bringe ihre Erfahrungen in die Ausschüsse für Europa- und Eine-Welt-Politik, Kommunalpolitik sowie Kinder, Jugend und Familie ein. Der Landtagspräsident berichtete, daß Ursula Bolte in ihrem Wahlkreis das Direktmandat errungen habe. „Es war wohl ein bis dahin einmaliger Vorgang, daß jemand aus dem Vorsitzendenamt eines Landschaftsverbandes heraus gewählt wurde“, schloß Ulrich Schmidt.

## NRW-Landeszentrale erreicht bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus 60 000 Multiplikatoren

Die Landeszentrale für politische Bildung als oberste Landesbehörde fördere Einrichtungen der politischen Bildung, die sich in eigener Zuständigkeit, Verantwortung und Gestaltungsfreiheit des Themas der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt annähmen. Hierfür und für deren Arbeit stelle die Landeszentrale ebenfalls ihre anregenden und Erfahrungsaustausch ermöglichenden Materialien und Veranstaltungsangebote zur Verfügung. Die Landeszentrale erreiche bei diesem Thema rund 60 000 Multiplikatoren.

Darauf verwies der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Günter Wichert, vor dem Hauptausschuß unter der Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende erinnerte daran, daß seitens der SPD-Fraktion im Zusammenhang mit der Diskussion über den Verfassungsschutzbericht für 1995 angeregt worden sei, die Landeszentrale solle einmal ihre Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus vorstellen und erläutern. In der Aussprache machte Reinhard Grätz (SPD) deutlich, in keinem anderen Bundesland gebe es eine so große Zahl an politischen Bildungsstätten wie in NRW. Ihn beein-

drucke immer wieder, welch große Vielfalt die Liste der anerkannten politischen Bildungswerke aufweise. Dies sei für ihn nicht zuletzt ein Ausweis der Liberalität, die in diesem Lande herrsche. Auch die Berichterstattung über die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt halte er für beeindruckend. Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi bedankte sich für den Bericht der Landeszentrale. Leider finde man keine Auskunft über die Entwicklung der Förderung der Landeszentrale in den letzten zwei Jahren. Weil man unmittelbar vor den Haushaltsberatungen stehe, bitte sie noch um Ausführungen zum Stand der Förderung.

Dr. Wichert legte daraufhin zur Förderungssituation der anerkannten Einrichtungen der politischen Weiterbildung durch die Landeszentrale dar, gemessen an anderen Haushaltsansätzen seien die Einrichtungen der politischen Bildung mit einer Kürzung von fünf Prozent primär behandelt worden, denn in anderen Titeln hätten erheblich weitergehende Kürzungen vorgenommen werden müssen. Von daher könne man davon ausgehen, daß die politische Weiterbildung die besondere Aufmerksamkeit der Landesregierung behalten habe. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hermann-Josef Arentz meinte dazu, möglicherweise drücke eine fünfprozentige Kürzung in der Tat noch eine liebevolle Behandlung durch die Landesregierung aus. Allerdings müsse berücksichtigt werden, daß die finanzielle Situation der Träger aufgrund der Entwicklung der letzten zehn Jahre zum Teil sehr dramatisch sei.

## Neuordnung des Melderechts

In erster Lesung hat der Landtag über den Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Meldegesetzes des Landes (Drs. 12/1150) beraten und den Gesetzentwurf einstimmig an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) erklärte die „Runderneuerung“ des Gesetzes mit der Notwendigkeit, das Landesgesetz aus dem Jahr 1982 an die vor zwei Jahren erfolgte Revision des Melderechtsrahmengesetzes des Bundes anzupassen. So solle vor allem eine bessere Überschaubarkeit für die Einwohner beim Umgang mit ihren Daten dadurch erreicht werden, daß die Aufklärung über alle Rechte und Pflichten nach dem Meldegesetz verbessert werde. Es werde auch abgestellt, daß der Aufenthalt von Einwohnern in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder ähnlichen Betreuungseinrichtungen den Melde- und Sicherheitsbehörden allgemein durch Einsicht in entsprechende Verzeichnisse zur Kenntnis gelangt. Kurz, man wolle auch mit der Novelle der Entwicklung Rechnung tragen, daß sich das Meldewesen aus einem ursprünglich sicherheitspolizeilichen Instrument zu einem Informationssystem für die unterschiedlichsten staatlichen und kommunalen Dienststellen entwickelt habe und auch in abgesteckten Grenzen den Bürgerinnen und Bürgern zur Information diene.

Jürgen Jentsch (SPD) sah in dieser Entwicklung auch datenschutzrechtliche Probleme, denen man in der Ausschußberatung nachgehen werde. Es werde auch zu prüfen sein, „ob dieses Gesetz den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger genügt“. Man hoffe, daß man mit der Novelle auch wirklich zur Verwaltungsvereinfachung komme und die Materie überschaubarer gestalte.

Heinz Paus (CDU) befürchtete, daß es entgegen der Einschätzung des Innenministeriums doch zu einer zusätzlichen Belastung der Kommunen durch das neue Gesetz kommen könnte. Grundsätzlich begrüße seine Fraktion, daß die Hotelmeldepflicht im Prinzip beibehalten werde. Die CDU widerspreche aber mit Nachdruck der Darstellung, daß durch den Verzicht des Melderechts auf ausdrücklichen Bezug auf das Ordnungsrecht die sicherheitspolizeiliche Bedeutung des Meldewesens in den Hintergrund trete. Es werde auch zu prüfen sein, ob man „tatsächlich auf den Aspekt der öffentlichen Sicherheit bei der Abwägung in Zusammenhang mit Eingriffen nach diesem Gesetz verzichten“ könne.

Roland Appel (GRÜNE) lobte den Innenminister: Er habe eine sehr brauchbare Diskussionsgrundlage dafür vorgelegt, „wie wir zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung, zu einer dem informationellen Selbstbestimmungsrecht nachkommenden Verwaltung kommen und von der mehr obrigkeitlichen und polizeistaatlich geprägten Geschichte des Meldewesens in Deutschland wegkommen können“. Das Ziel der Verbesserung des Datenschutzes liege ganz auf der Linie der Koalitionsregierung von SPD und GRÜNEN: „Wir wollen den Menschen im Lande die Möglichkeit geben zu wissen, was mit ihren Daten passiert“.

## Viele Hallen- und Schwimmbäder müssen dringend saniert werden

# Ohne Hilfen des Landes verkommen Sportstätten

Der Landtag hat den CDU-Antrag „Sanierung und Modernisierung vor Neubau von Sportanlagen“ (Drs. 12/1179) an den Haushalts- und Finanzausschuß sowie den Sportausschuß überwiesen.

**Rolf Wilhelm Seel** (CDU) erinnerte daran, daß das damalige Kultusministerium bereits Anfang der 90er Jahre von einem Sanierungsbedarf von rund zwei Milliarden Mark ausgegangen sei. Da von den 7022 Turn- und Sporthallen im Lande 88,7 Prozent, von den 1062 Hallenbädern 88,6 Prozent und von den 449 Freibädern 89,7 Prozent in kommunaler Trägerschaft seien, müßten die Kommunen des Landes in den nächsten Jahren die größte Last für Sanierung und Modernisierung dieser Anlagen tragen. Daß im Jahre 1996 bereits rund 150 der 396 Städte und Gemeinden ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müßten, bedeute jedoch, daß Finanzmittel in der Mehrzahl der Fälle nicht vorhanden seien, um die dringend erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Dringender Handlungsbedarf sei gegeben. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes würden die Sportstätten für den Schul- und Breitensport verkommen.

**Gerd Mai** (GRÜNE) betonte, daß ein energetischer Nachrüstungsbedarf neben dem allgemeinen Sanierungsbedarf gegeben sei. Er setzte sich für eine energetische Nachrüstung auch bei Turn- und Sporthallen sowie anderen Sportanlagen ein. Aus der kommunalen Praxis wisse man jedoch auch, daß die Kommunen natürlich auch andere Möglichkeiten hätten, gerade im energetischen Bereich, bei der Wärmedämmung, bei der Neuverglasung, bei der Heizungsanierung auch eigene Anstrengungen nicht vergessen zu lassen. Man kenne das moderne Management des Contracting. Man besorge sich einen Energiedienstleister, der diese Sanierungen vornehme.

**Uwe Herder** (SPD), Vorsitzender des Sportausschusses, sagte, am Beispiel der zahlreichen kommunalen Hallenbäder, die in den 60er und 70er Jahren gebaut worden seien, werde der Modernisierungsbedarf ganz besonders deutlich. Die Bäder, die bisher nicht modernisiert seien, würden größtenteils mit veralteter Technik betrieben. Im Hinblick auf einen kostengünstigen Betrieb und auf den Umweltschutz sei hier noch viel zu tun. Das heiße aber ganz und gar nicht, daß man erst am Anfang dieser Aufgabe stehe. Ein wichtiger Schritt zur Problemlösung sei die Aufnahme des Förderbereichs „Modernisierung“ in die Richtlinien zur Förderung des Sportstättenbaus. Herder berichtete, das Land stelle 1996 sieben Millionen Mark für Bau, Modernisierung und Erweiterung zur Verfügung. Verpflichtungsermächtigungen bestünden in Höhe von 5,6 Millionen Mark. Ferner würden über den Gemeindefinanzausgleich Modernisierungen finanziert. Dieser Titel umfasse 33 Millionen sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 20 Millionen Mark. Somit könnten in diesem Jahr aus einem Haushaltsvolumen von insgesamt 40 Millionen Mark unter anderem Zuschüsse für die

Modernisierung von Sportstätten vergeben werden.

**Sportministerin Ilse Brusis** (SPD) erklärte, man habe es im Sport mit einer außerordentlich positiven Entwicklung zu tun. Allein 1995 seien im Durchschnitt beinahe zwei Sportvereine pro Tag gegründet worden. Dieser Zuwachs an Menschen, die Sport treiben wollten, mache es natürlich an der einen oder anderen Stelle erforderlich, auch Sportstätten neu zu bauen, umzubauen oder auszubauen und zu erweitern. Aber es sei jeweils sehr genau nach Bedarf zu prüfen, was notwendig sei. Sie glaube, daß man sehr scharf aufpassen müsse, daß nicht Sportstätten vernichtet und auf der anderen Seite dann neue Sportstätten mit öffentlichen Mitteln gefördert würden, die durch die Vernichtung von Sportanlagen notwendig geworden seien. Die Ministerin unterstrich, Prioritätensetzung müsse am konkreten Fall erfolgen. Nachdrücklich sage sie, daß Instandhaltung und Instandsetzung unbedingt Aufgaben der Betreiber bleiben müßten. Es gelte immer der Grundsatz, Instandhaltung und Instandsetzung gehörten zu den Betriebskosten,

und diese müßten vom Betreiber getragen werden. Modernisieren sei dagegen eine Aufgabe, „die wir mit öffentlichen Mitteln unterstützen,“ schloß Frau Brusis.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) merkte an, daß für die CDU die Sportstättenanierung und -modernisierung auch unter Stadterneuerung falle. Alle hätten den Anspruch, Jugend an den Sport heranzuführen. Das könne man im Grunde aber nicht, wenn man — auch von Landesseite — die Sportstätten verlumpen lasse. Die Kommunen seien nicht mehr in der Lage, alles zu tragen. „Wenn wir unseren Kindern den Anspruch auf Sport erhalten wollen, dürfen wir die Anlagen nicht schließen“, sagte Frau Schraps. Es würden Schwimmbäder im Lande geschlossen, obwohl Schulsport Pflichtfach sei. Man brauche Hallen für den Vereinssport, den Behindertensport bis hin zum Freizeitsport. Die meisten Schwimmbäder und Sportstätten müßten saniert und modernisiert werden. „Sie fressen soviel Wasser und Energie, daß das von den Kommunen nicht mehr bezahlt werden kann“, sagte die Abgeordnete.



## Kulturtradition über Jahrtausende

„Das andere Sizilien“ heißt eine Fotoausstellung, die Landtagspräsident Ulrich Schmidt am vergangenen Freitag im Landtag eröffnet hat. Der Präsident berichtete, die Ausstellung sei Teil des vielfältigen Kulturprogrammes, das das italienische Generalkonsulat in Köln anlässlich der 50-Jahr-Feiern des Landes Nordrhein-Westfalen und der Republik Italien noch bis zum Ende des Monats in vielen Städten des Landes anbiete. Genau genommen könne man sogar ein dreifaches Jubiläum feiern, denn auch die Schaffung der Region Sizilien mit dem verfassungsmäßig garantierten Sonderstatus, der erweiterte Kompetenzen beinhalte, gehe auf das Jahr 1946/47 zurück. Er freue sich sehr, daß anlässlich dieser Jubiläen eine Delegation unter Leitung des Präsidenten der sizilianischen Regionalversammlung „Bei uns zu Gast ist“ (siehe auch Seiten 10 und 13). Zur Ausstellung erläuterte der Landtagspräsident, die vielschichtige Realität Siziliens finde sich in den verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen in der Fotografie wieder. Da sei zum einen die Reportage zu nennen, die die „Sizilianität“ und die wohl einzigartige Kulturtradition von Jahrtausenden mit einer stark emotionalen Prägung zum Ausdruck bringe. Auf der anderen Seite sehe man Beispiele der experimentellen Fotografie, die weniger emotional sei und neue Darstellungsformen erprobe. 14 namhafte Fotografen präsentierten die sizilianische Fotografie von gestern und heute. Der Präsident dankte dem italienischen Generalkonsul in Köln, Dr. Paolo Ducci, der gemeinsam mit dem italienischen Kulturinstitut Köln dieses Projekt ermöglicht habe. Das Bild zeigt Landtagspräsident Schmidt (M.) mit dem Präsidenten der Regionalversammlung Sizilien, Nicola Christaldi (r.).

Foto: Schälte



## Sizilien sucht Beziehung zur EU

*Eine sizilianische Parlamentarierdelegation unter Leitung des Präsidenten Nicola Christaldi und des Vizepräsidenten Giovanni Battaglia hat dem Landtag einen viertägigen Informationsbesuch abgestattet.*

Nach der Begrüßung durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt und der Eintragung in das Gästebuch des Landtags nahm die sizilianische Delegation an einem Arbeitsgespräch zum Thema „Aufgaben und Zuständigkeiten des Landtags Nordrhein-Westfalen“ teil, das von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Innere Verwaltung, Jürgen Jentsch (SPD), geleitet wurde.

Der Abgeordnete erläuterte, daß nach dem Grundgesetz alle Staatsmacht vom Volke ausgehe und auch nach der Landesverfassung die Gesetzgebung dem Volk und der Volksvertretung zustehe. Er ging auf die wichtigsten Funktionen des Parlaments ein, nämlich Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung und wofür der Landesgesetzgeber zuständig ist, für Schulwesen, Kultur, innere Sicherheit einschließlich Polizei, Gesundheitsaufsicht und Medien. Jentsch betonte, unsere parlamentarische Demokratie lebe durch Entscheidungen, Transparenz nach innen und außen, offene Diskussionen und Bürgernähe.

Ein zweites Arbeitsgespräch führte der Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik, Professor Dr. Horst Posdorf (CDU), über das Thema „Probleme bei den Beziehungen zu der Europäischen Gemeinschaft“. Posdorf berichtete den Gästen, sein Ausschuß beschäftige sich mit institutionellen Fragen, pflege den Kontakt zu den nordrhein-westfälischen Europa-Abgeordneten und setze sich besonders für eine Fortentwicklung des Regionalgedankens ein, weil man der Überzeugung sei, daß Europa nur dann bürgernah und gleichzeitig transparent gestaltet werden könne, wenn die regionale Ebene eingebunden werde. Der Vorsitzende führte weiter aus, zunehmend hätten sich die Länderparlamente, insbesondere auch der Landtag NRW, für unmittelbare, originäre Informationsgewinnung eingesetzt. Man sei der Auffassung, daß man als Parlament in europäischen Gremien vertreten sein sollte. Der Landtag von NRW entsende daher ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied in den Ausschuß der Regionen. Parlamentarier der sizilianischen Delegation wiesen in der Aussprache darauf hin, daß sowohl das sizilianische Parlament wie auch die dortige Regierung die Errichtung eines Büros in Brüssel planten. Sie betonten indes auch die Schwierigkeiten, direkte Beziehungen zur EU herstellen zu können, da solche Beziehungen von der italienischen Zentralregierung vermittelt würden.

*Die Bilder zeigen oben den SPD-Abgeordneten Jürgen Jentsch, Mitglied des Landtagspräsidiums und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Innere Verwaltung (2. v. r. oben) sowie den CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik, Prof. Dr. Horst Posdorf (2. v. r. unten) bei ihren Arbeitsgesprächen. Jeweils links und rechts von den nordrhein-westfälischen Politikern der Präsident des sizilianischen Parlaments, Nicola Christaldi und dessen Vizepräsident Giovanni Battaglia. (siehe auch Seite 13) Fotos: Schälte*

## International: FC Landtag gegen Japanauswahl

### Unentschieden im Rheinstadion

*Die mit Spannung erwartete Partie des FC Landtag gegen eine japanische Auswahl begeisterte 3 000 Zuschauer. Anlaß war das deutsch-japanische Sportfest am 8. August, zum 50jährigen Bestehen des Landes NRW, das auf der Anlage des Rheinstadions stattfand.*

Um neun Uhr die Eröffnungszeremonie feierlich mit dem Hissen der japanischen und der deutschen Flagge sowie den Fahnen des Landes NRW und der Landeshauptstadt Düsseldorf. Nachdem die Nationalhymnen beider Staaten verklungen waren, begannen die sportlichen Wettkämpfe. Gegen Mittag war dann Fußballzeit. Die zunächst zahlenmäßige Überlegenheit der japanischen Fußballer wurde durch die Leihgabe von zwei japanischen Spielern an den FCL ausgeglichen. Diese warnten den FCL auch gleich zu Recht: „Die Jungs sind heiß, einmal im Rheinstadion spielen zu dürfen.“ Das bekam der FCL in den ersten Minuten auch stark zu spüren. Dem Angriffsspiel der Japaner hatte der FCL zunächst wenig entgegenzusetzen. Er war nicht in der Lage zu agieren, sondern reagierte nur.

Der starken Abwehr unter der Führung von Wolfgang Eutener und dessen Bundesligaaferfahrung war es auch zu verdanken, daß der Rückstand zunächst nur 0:1 betrug. Die Abschlußschwäche der Japaner trug ihr

weiteres dazu bei. Im Laufe der Begegnung fand der FCL dann immer besser zu seinem Spiel, und so kam es noch vor der Halbzeitpause zum 1:1 Ausgleich. Wolfgang Eutener verwandelte einen Freistoß aus gut 20 Metern Entfernung, unhaltbar für den sonst sehr sicheren japanischen Keeper. Die zweite Spielhälfte begann sehr ausgeglichen, beide Mannschaften hatten gute Torchancen, die zunächst nicht genutzt wurden. Schließlich verwandelte das hochmotivierte, konditionell stärkere und vor allem jüngere japanische Team eine ihrer Chancen zum Spielstand von 1:2.

Der FCL ließ sich davon aber nicht erschüttern, kämpfte vorbildlich und hielt konditionell mit. Die Spielzeit von 30 Minuten war dabei sicherlich von Vorteil. Nach traumhaftem Kombinationsspiel konnte der FCL noch unmittelbar vor Abpfiff der Begegnung, durch ein Tor von Dirk Schüttstrumpf, den verdienten Endstand von 2:2 erzielen. Dieses Tor wurde von den sehr fairen, größtenteils japanischen Zuschauern genauso lautstark bejubelt wie alle vorherigen Tore. Nach dem Spiel wurde noch zusammen mit den japanischen Fußballfreunden Sushi gegessen und nicht Sake – sondern Altbier getrunken. Eine Mischung aus Asiatischem und Europäischem, die sich auch schon während des Spiels bewährte.

Schwerpunkt des Berichtes waren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, verlässliche Halbtagschule (Schule von 8.00–13.00 Uhr), Ganztagsangebote, die inhaltliche Weiterentwicklung der Koedukation, die Aufnahme des Themas „Mädchenförderung in die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern“ sowie die Angebote der Weiterbildung und der Landeszentrale für politische Bildung.

In ihren Ausführungen betonte die Ministerin, daß der Anteil weiblicher Lehrkräfte inzwischen 58,9 Prozent betrage und der Anteil von Frauen in Schulleitungsfunktionen von 19 auf 27,5 Prozent gestiegen sei.

Das Projekt „Schule von 8.00–13.00 Uhr“ biete eine zeitlich verlässliche Betreuung von Schülerinnen und Schülern in Grundschulen und Sonderschulen vor und nach dem Unterricht. Für das Schuljahr 1996/97 seien hierfür erstmalig 24 Millionen Mark im Haushaltsplan veranschlagt. Bei ca. 3 000 Betreuungsgruppen mit geschätzter durchschnittlicher Gruppengröße von 15 Kindern hätten landesweit ca. 45 000 Kinder verlässliche Schulzeiten von 8.00–13.00 Uhr. Einer großen Anzahl von Frauen sei somit die Möglichkeit eröffnet, eine berufliche Tätigkeit aufzunehmen oder die bisherige Beschäftigung unterhalb der sozialversicherungsrechtlichen Grenze in ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis umzuwandeln. Ziel sei, zusammen mit dem Jugendminister, die begonnene Zusammenarbeit fortzusetzen sowie dabei pädagogisch sinnvolle Lösungen für bedarfsgerechte und altersspezifische Ganztagsangebote zu finden.

## Partner-Verhalten

Zur Weiterentwicklung der Koedukation verwies die Ministerin auf die Denkschrift der Bildungskommission des Ministerpräsidenten, die eine „reflexive Koedukation“ (die Beibehaltung und bewußte Verbesserung koedukativen Unterrichts) empfehle. Außerdem sei zur Förderung partnerschaftlichen Verhaltens und Entwicklung sozialer Kompetenz neben der Mädchenarbeit auch die gezielte Entwicklung von Jungenprogrammen notwendig. In diesem Zusammenhang sei für 1997 vom Ministerium für Schule und Weiterbildung eine zentrale Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann zum Thema „Die koedukativ gestaltete Schule“ geplant. Ziel sei hierbei die Veröffentlichung einer Handreichung mit Handlungsansätzen für den Unterricht, Entwicklung von Schulprogrammen und Lehrerfortbildung.

Die Landesregierung beabsichtige außerdem, die Berufswahlorientierung von Mädchen in der Sekundarstufe I durch ein Programm zur „Erschließung neuer Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“ gezielt zu fördern. Mit finanzieller Unterstützung durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr würden Schul- und Mädchenprogramme entwickelt, die an Technik heranzuführen, Betriebspraktika in zukunftsorientierten Berufen vermitteln und gezielte Elternarbeit anbieten sollten.

Eine weitere wichtige frauenpolitische Forderung sei der Wiedereinstieg in Berufe mit Zukunftschancen nach einer längeren Familienphase. Eine solche Möglichkeit

## Frauenförderung in Schule und Weiterbildung

### 24 Millionen Mark für „Schule von 8 bis 13 Uhr“: Mütter können sozialversichert beschäftigt sein

*Unter der Leitung von Helga Gießelmann (SPD) nahm der Ausschuß für Frauenpolitik in der Sitzung vom 30. August nach der Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Finanzierung der Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Mißbrauch an Jungen und Mädchen, Zartbitter e. V., Köln“ (Bericht in der vorigen Ausgabe) einen Bericht von Ministerin Gabriele Behler zum Thema „Mädchen- und Frauenförderung im Bereich Schule und Weiterbildung“ entgegen.*

biere der Schulversuch „Verkürzte Ausbildung zur Kinderpflegerin/zum Kinderpfleger für lebenserfahrene Bewerberinnen und Bewerber“. In der Lehreraus- und -fortbildung sei außerdem ein großer Katalog inhaltlicher und struktureller Maßnahmen entwickelt worden, sowohl zur Chancengleichheit von Mädchen und Jungen als auch Angebote zur Berufs- und Lebensplanung von Lehrerinnen.

wirkungen auf die Gesellschaft dargestellt würden.

In vielen Ländern der Dritten Welt sei die Lage der Frauen trostlos. Das Landesinstitut für Berufsbildung betreue viele Projekte mit der Zielstellung, Jungen und Frauen eine qualifizierte Berufsausbildung zu vermitteln. Dies geschehe beispielsweise auf den Philippinen, in dem junge arbeitslose Frauen eine Ausbildung im Hotel- und Gaststättenwesen oder zur Reiseverkehrsfachfrau erhalten.

## Familienerfahrung nützen

Zum Thema „Alter“ und „Frauen in der dritten Welt“ betonte die Ministerin, daß es für Frauen im mittleren Alter besonders wichtig sei, sich neben Familie und Beruf ein weiteres tragfähiges Lebensfundament zu schaffen. Hierzu könne Weiterbildung erheblich beitragen. In diesem Zusammenhang wies sie auf das Funkkolleg „Altern“ hin, in dem nicht nur die persönlichen Dimensionen des Alters, sondern auch Aus-

## Funkkolleg „Altern“

In der anschließenden Aussprache betonte Sylvia Löhrmann (GRÜNE) die Bedeutung des Frauenförderungsgesetzes besonders für den Schulbereich. Wichtig sei ihr hierbei, daß hinsichtlich der Besetzung von Führungspositionen die Gültigkeit des Frauenförderungsgesetzes herausgestellt (Fortsetzung Seite 12)



*Ein Beamter ging in den Ruhestand, und viele Abgeordnete kamen: Karl-Heinz Althoff, 65 (oben 2. v. l.), war 26 Jahre lang als Ausschußassistent der Landtagsverwaltung tätig. Er kam vom Landesamt für Agrarordnung NW. Aufgrund seiner Fachkenntnisse wurde ihm nach der Parlamentsreform und der Verstärkung des Ausschußdienstes seitens der Landtagsverwaltung 1970 die Zuarbeit zum Landwirtschafts- und zum Wirtschaftsausschuß übertragen. Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses in der 12. Wahlperiode Hannelore Brüning (CDU, Mitte) überreichte ihm als Abschiedsgeschenk eine wertvolle Armbanduhr. Sie erwähnte dazu sein Hobby Reisen und seine hilfreiche Termin-Wache bei Ausschußreisen und hob seine neutrale Amtsführung hervor. Eberhard Sohns (SPD, unten Mitte), Vorsitzender des Grubensicherheitsausschusses, den Althoff zuletzt ebenfalls betreut hatte, schenkte ihm ein Buch über die Römer im Rheinland. Regierungsdirektor Althoff dankte mit der Feststellung, er habe sich im Landtagsdienst wohl gefühlt und seine Arbeit gern geleistet. Fotos: Schälte*

## Fragestunde

# Steuerfahndung bei der WestLB

Wie lange Steuerfahnder durch die Ermittlungen gegen die WestLB gebunden würden, wollte Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) in der Fragestunde am 12. September wissen. Zusatzfragen bezogen sich auf die derzeitige Handlungsfähigkeit der Steuerfahndung insgesamt und was die Sparkassenaufsicht, deren oberster Dienstherr der Finanzminister sei, beigetragen habe, um die verdächtigen Vorkommnisse gar nicht erst zu ermöglichen. Den Zeitpunkt der Information des Finanzministers wollten Alexandra Landsberg (GRÜNE) und Dr. Helmut Linsen (CDU) wissen; ob gegen den Vorstand ermittelt werde und nach der geschätzten Schadenshöhe fragten Dr. Manfred Busch und Marianne Hürten (GRÜNE), auf welchem Wege der Einsatz von hessischen Steuerfahndern angefragt werde (Volkmar Klein, CDU), wieso der Justizminister nach dem ihm am 1. August bekanntgewordenen Erstverdacht die Landesregierung bis zum Beginn der Fahndung am 2. September nicht informiert habe (Winfried Schittges, CDU), ob in dem Regel-Meldesystem, womit der Finanzminister über wichtige Steuerangelegenheiten informiert werde, nie ein Hinweis auf Probleme bei der WestLB gewesen sei (Ruth Hieronymi und Helmut Diegel, beide CDU) und wie der Justizminister den Vertrauensverlust für die Landesbank beurteile und ob es ähnliche Steuerfahndungen bei anderen Landesbanken gebe (Wilhelm Krömer, CDU). Der Finanzminister habe sich wegen Teilnahme an der Sitzung des Bundesrats entschuldigt, teilte Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit.

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) antwortete, bundesweit seien etwa 590 Staatsanwälte, Fahndungsprüfer und Beamte der Straf- und Bußgeldstellen gebunden gewesen. In welchem Umfang und wie lange, sei derzeit nicht absehbar. Andere Verfahren müßten wegen der besonderen Belastung zeitweise zurückstehen. Das Verfahren und der Einsatz von Beamten auch anderer Bundesländer werde von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf koordiniert. Amtshilfe über Landesgrenzen hinweg sei gang und gäbe. Auf welchen Ebenen Beschuldigte gefunden würden, wisse zur Zeit noch keiner. Er habe das Kabinett nicht informiert. Die Höhe des Schadens bei der WestLB könne er nicht abschätzen. Mit Informationen aus Ermittlungsverfahren habe er besonders vertraulich umzugehen.

**Minister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) verneinte, vom Abgeordneten Oliver Wittke (CDU) in seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident gefragt worden zu sein, ob die Minister Schleißer und Clement als stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende der WestLB und damit Bankenaufsicht nicht ihre Ämter ruhen lassen müßten, unter Hinweis auf das laufende Ermittlungsverfahren.

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) wiederholte, die beiden zuständigen Minister hätten „die bedeutendste Steuerfahndungsaktion in der Bundesrepublik

## „Mütter ...“

(Fortsetzung von Seite 11) würde, was nach Informationen aus der Praxis immer noch angezweifelt werde. Darüber hinaus plädierte sie dafür, für die Teilbarkeit von Funktionsstellen deutliche Vorgaben herauszuarbeiten. Brigitte Speth



Ausschubsvorsitzende Helga Giebelmann (SPD, l.) und Schulministerin Gabriele Behler. Fotos: Schälte

(SPD) wies darauf hin, daß im Multimediabereich/Internet sich bereits jetzt Entwicklungen anbahnten, nach denen sich vorwiegend Jungen mit dieser Materie beschäftigten. Es gelte daher, eine mögliche Benachteiligung von Mädchen von vornherein auszuschalten und dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Die Ministerin berichtete hierzu, daß bisher nur eine Ausstattungsiniziativa zur Entwicklung eines Bildungsservers in Auftrag gegeben worden sei. Gleichwohl sei aber die von Brigitte Speth geschilderte Problematik bekannt und werde bei den weiteren konzeptionellen Überlegungen berücksichtigt. Der Ausschub für Frauenpolitik beschäftigte sich außerdem mit dem Antrag der Fraktion der CDU „Mehr Hilfe für Opfer von Straftaten“ (Drs. 12/950). Staatssekretär Dr. Ritter vom Justizministerium wies darauf hin, daß das Thema „Mehr Hilfe für Opfer von Straftaten“ eine Bundesangelegenheit sei. Bundestag und Bundesrat seien mit der Thematik der Verbesserung des Opfer-

Deutschland über Grenzen von NRW hinaus“ mit wahrscheinlich „dreistelligem Millionen-Schaden, 10 000 Steuerhinterziehungsvorgängen und Bindung von 50 Prozent der Steuerfahnder auf zwei Jahre“, so die Frage von Peter Bensmann (CDU), nicht erörtert. Behrens warnte vor Vorverurteilungen. Es gehe nicht um die Bank, sondern um den Verdacht auf Beihilfe zur Steuerhinterziehung durch einzelne Beschäftigte und eine Fülle verschiedener Verfahrenskomplexe, die zeitlich unterschiedlich abgewickelt würden, erwiderte er den Fragesteller Roland Appel (GRÜNE) und Reinhold Trinius (SPD). Öffentliche Diskussionen, wie von Adolf Retz (SPD) erwähnt, könnten die ordnungsgemäße Durchführung der Verfahren gefährden.

**Heinz Hardt** (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer, beantragte anschließend wegen der Abwesenheit des Finanzministers für den folgenden Tag eine Aktuelle Stunde zum Thema „Steuerfahndung bei der WestLB“.

schutzes befaßt. Dem von Wissenschaft und Praxis zunehmend anerkannten Bedarf an wirkungsvoller Hilfe für Opfer von Straftaten trage die Polizei des Landes im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung Rechnung. Gesonderte Erlasse sowie die Polizeidienstvorschrift „Bearbeitung von Jugendsachen“ würden grundsätzliche Regelungen zur Durchführung von Vernehmungen beinhalten, um auf die psychische Belastung der Betroffenen besondere Rücksicht zu nehmen und das vorhandene Mißtrauen der Opfer gegenüber Behörden abzubauen.

## Polizei-Merkblatt

Mit dem Runderlaß zur Bearbeitung sexueller Gewaltdelikte gegen Frauen (veröffentlicht am 10. 7. 1989) seien wesentliche Fragen zum sensiblen Umgang der Polizei mit Opfern sexueller Gewalt geregelt. Darüber hinaus seien die Polizeibehörden verpflichtet, auf die Beratungsstellen „Maßnahmen gegen den Prostitutionstourismus; Menschenhandel mit ausländischen Frauen und Mädchen“ hinzuweisen und auf Wunsch den Kontakt zu diesen Institutionen herzustellen. In den Polizeidienststellen des Landes würden verschiedene Merkblätter bereitgehalten, u. a. werde im Rahmen eines Strafverfahrens allen Verletzten das Merkblatt über Rechte und Befugnisse von Verletzten im Strafverfahren ausgehändigt. Zur Vermittlung praktischer, therapeutischer Hilfen seien die Polizeibehörden mit Erlaß vom 6. 1. 1996 gebeten worden, in Betracht kommende Opfer von Straftaten über die Hilfsmöglichkeiten des Weißen Rings aufzuklären, Informationsmaterial des Vereins auszuhändigen und auf Wunsch Kontakt zu den zuständigen der 55 in NRW vorhandenen örtlichen Außenstellen herzustellen. In diesem Zusammenhang sei vom Weißen Ring in gemeinsamer Arbeit mit dem Innenministerium ein Opferfaltblatt entwickelt worden, das allen Kreispolizeibehörden inzwischen vorliege. In NRW werde derzeit ein landesweites Präventionsnetzwerk aufgebaut. Derzeit seien bereits über 500 kriminalpräventive Gremien tätig, die sich vor Ort überwiegend mit Einzelaspekten der Kriminalitätsvorbeugung wie z. B. sexueller Mißbrauch und Opferbelangen befassen. Außerdem gebe es eine umfangreiche Lehrgangskonzeption „Männliche Gewalt gegen Frauen“. In der anschließenden Diskussion im Ausschub einigten sich die Sprecherinnen der Fraktionen darauf, vor Abgabe eines Votums an den federführenden Rechtsausschub, Stellungnahmen der Frauenberatungsstellen zu diesem Antrag einzuholen. Der vom Ausschub diskutierte Antrag der Fraktion der CDU „Vorfahrt für Familien in NRW“ (Drs. 12/124) wurde nach abschließender Beratung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und GRÜNEN abgelehnt. Hinsichtlich des Antrags der Fraktion der CDU „Einigung zum § 218: Ausbau und Finanzierung des Beratungswesens sichern“ (Drs. 12/223) einigte sich der Ausschub, in den Folgesitzungen die konzeptionellen Überlegungen des Fachministeriums zu erörtern sowie darüber hinaus zu einem späteren Zeitpunkt eine Anhörung zu diesem Antrag durchzuführen.

## „Erhebliche Mittel zur Förderung der Integrationspolitik“

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Sommerpause des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten unter dem Vorsitz von Christiane Bainski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) standen die Auswirkungen der Haushaltssperre 1996, die Einführung des Haushaltsgesetzesentwurfes 1997 (Bereiche Integration und Zuwanderung des Einzelplanes 07) und eine erste Aussprache zu der Anhörung vom 3. Juni zum Thema „Problematik der Berufsfindung und Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten“.

Sichtlich erfreut konnte Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) mitteilen, daß das Finanzministerium die Haushaltssperre 1996 aufgehoben habe, so daß auch das MAGS als Fachressort wieder einen Handlungsspielraum habe. Die Alternative zur Haushaltssperre, auf die man sich nun verständigt habe, sei allerdings die Erwirtschaftung einer globalen Minderausgabe. Auf die Nachfrage von Oliver Wittke (CDU), welcher konkrete Beitrag zu Lasten der Bereiche Integration und Zuwanderung gehen werde, wurde versichert, daß etwa die geplante Einrichtung eines Migrationsreferates möglich sein werde und auch die vorge-sehene Bezuschussung des Landeszen-trums für Migration gesichert sei.

In der Einführung zu den Etatentwürfen für das Haushaltsjahr 1997 (Kapitel 07 060 und 07 510 des Einzelplanes 07) betonte Bodenbender, die Landesregierung werde auch im kommenden Jahr mit erheblichen Mitteln Integrationspolitik fördern. Im wesentlichen werden die Ansätze des laufenden Jahres in diesen Bereichen — so in der besonders wichtigen Titelgruppe 64 „Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrantinnen/Migrantinnen“, mit einem Gesamtansatz von knapp 21 Millionen Mark — gehalten werden können. Die Konsolidierung der finanziellen Ausstattung bestätigte den hohen Stellenwert, den die Landesregierung der Integrationspolitik beimesse. So sei erstmals für die Förderung von Selbstorganisa-tionen von Ausländerinnen und Ausländern ein eigener Unterteil 9 aufgeführt. Diese Position sei mit 650 000 Mark ausgestattet, mit denen Strukturen zur Qualifizierung und Beratung entwickelt und Maßnahmen der Selbstorganisations gefördert werden sollen. Die Eingliederung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern falle in die Zuständigkeit des Bundes, der sich — trotz immer problematisch werdender Lebenslagen der zugewanderten Aussiedlerfamilien nach und nach der Verantwortung entziehe. Der Staatssekretär wies auf die aktive Verantwortung hin, die das Land übernehme, ohne jedoch „Ausfallbürge“ für den Bund zu sein. Auch 1997 seien 2,8 Millionen als Zuschüsse zur beruflichen Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern vorgesehen. Als inhaltlichen Schwerpunkt der Maßnahmen und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit (hier falle der Ansatz mit einer Million nur 200 000 Mark geringer als bereits 1996 aus) sehe er die Unterstützung von Projekten, die sich mit unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen auseinandersetzen. Auch versteckt



Eine sizilianische Parlamentsdelegation hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2. v. l.) im Landtag empfangen. Die Politiker aus dem Süden Italiens informierten sich vier Tage über Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen. Sie besuchten ferner Köln mit seinem Dom und Leverkusen mit den Bayer-Werken. Auch in Aachen stand eine Besichtigung des Doms auf dem Programm. Beim Empfang im Landtag — das Bild zeigt den Eintrag ins Gästebuch — waren auch Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) und die Abgeordnete Gisela Meyer-Schiffer (SPD, 3. v. r.) dabei. Links im Bild der sizilianische Präsident Nicola Christaldi (Vorne rechts eine Dolmetscherin) (siehe auch Seite 10).  
Foto: Schälte

wirkenden Diskriminierungsmechanismen solle so wirksam entgegengetreten werden können.

Das zentrale integrationspolitische Vorhaben der nächsten Jahre sei die Errichtung eines Landesentrums für Zuwanderung in Solingen. Hier zeigte sich Bodenbender zuversichtlich, bald zu einem Vertragsabschluß kommen zu können. So rasch wie möglich sollten nach der Besetzung der Stelle des Leiters des Landesentrums drei Stellen des „Aufbauteams“ besetzt werden.

Eine deutliche Anhebung (von 81,55 auf 147 Millionen Mark) findet sich im Etatentwurf bei den Mitteln für die Erstattung von Kostenpauschalen gemäß Paragraph 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes an die Kommunen. Dies sei nach Darstellung durch das MAGS vor allem durch einen weiteren Anstieg der Zahl jüdischer Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, die gewandelte Altersstruktur dieser Zuwanderer und durch die steigenden Unterbringungskosten der Flüchtlinge in den Kommunen bedingt.

Oliver Wittke (CDU) merkte Zweifel an, daß die Migrationspolitik tatsächlich einen hohen Stellenwert bei der Landesregierung habe, da von den Millionenausgaben des Kapitels 07 060 nach Abzug der Beträge, die nach dem Landesaufnahmegesetz und dem Flüchtlingsaufnahmegesetz — und im Vergleich mit diesen Beträgen — nur ein verschwindend geringer Teil verbleibe. Vera Dedanwala (SPD) dankte dem Ministerium für die Einführung zu diesen Teilen des Haushaltes 1997. Mit Spannung werde sie die Umschichtungsanträge erwarten, die die CDU nach ihren Ausführungen zugunsten der Migrationspolitik eigentlich stellen müsse.

Auf Wunsch von Dr. Hisham Hammad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gab das MAGS einen Sachstandsbericht über die Bildung einer Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte. Mit dem im Kapitel 07 060 TG 65 veranschlagten Mitteln soll der Zusammenschluß der 1995 erstmals nach Paragraph 27 der Gemeindeordnung gewählten kommunalen Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen zu einer solchen landesweiten Dachorganisation gefördert werden. 450 000

Mark sieht der Ansatz für 1997 dafür vor. Das MAGS gab dazu die Information, daß es vorraussichtlich am 12. Oktober 1996 zu einer Gründungsversammlung kommen werde. Schwierigkeiten bereite noch die Wahl der richtigen Rechtsform der Landesarbeitsgemeinschaft.

Da es sich auch um die erste Sitzung des Ausschusses nach der öffentlichen Anhörung zum Thema „Problematik der Berufsfindung und Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten“ am 3. Juni handelte, stand eine erste Aussprache darüber an. Oliver Wittke (CDU) betonte, die Anhörung sei sinnvoll gewesen, grundlegende oder „großartige“ neue Erkenntnisse seine aus seiner Sicht aber nicht gewonnen worden. Er vermisste aber zum jetzigen Zeitpunkt gleichwohl eine politische Wertung durch die Landesregierung. Willi Zylajew (CDU) bestritt im Verlauf seiner Ausführungen, daß es eine durchgehende Diskriminierung ausländischer Jugendlicher gebe. Er maß der sprachlichen Ausbildung eine hohe Bedeutung zu, da die schlechteren Chancen häufig auf Defizite in diesem Bereich zurückzuführen seien. Er halte daher auch Überlegungen in Richtung Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes für den falschen Weg. Vera Dedanwala (SPD) stellte für die SPD heraus, daß sich wichtige Ansatzpunkte für eine Chancenverbesserung bei einer Verbesserung der schulischen Abschlüsse sowie bei einer Veränderung in der Beratungstätigkeit bei der Berufswahl (gezielt auch bereits vor Durchführung von Berufspraktika) ergäben. Ein weiterer „Knackpunkt“ sei der Erhalt einer Ausbildungsstelle. Überlegungen zu einer Quotierung halte sie für verfrüht.

Auch Dr. Hisham Hammad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hielt eine mögliche Selbstverpflichtung für den besseren Weg, unterstrich jedoch die Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes für die übrige Wirtschaft. Er sprach sich dafür aus, ein Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen und über die Landesregierung Einfluß auf Lehrpläne in verschiedenen Bereichen zu nehmen, um Diskriminierungen entgegenzuwirken.

## SPD-Fraktion

### Breite Debatte über Chancen und Risiken von Multimedia

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen hat eine Große Anfrage an die Landesregierung zum Thema Multimedia gerichtet. Sie steht unter der Überschrift: „Nordrhein-Westfalen in der Informationsgesellschaft – Perspektiven, Gestaltung und Herausforderungen von Multimedia“. Dazu erklärte Reinhard Grätz als Vorsitzender des Arbeitskreises Hauptausschuß und Marc Jan Eumann als medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Das Zusammenwachsen von Fernsehen, Computer und Telefon stellt uns unter dem Schlagwort Multimedia vor grundlegende Änderungen unserer Gesellschaft. Es wird keinen Lebensbereich geben, der von den neuen technologischen Entwicklungen unberührt bleiben wird. Längst ist deutlich geworden, daß nicht mehr das „Ob“ der Informationsgesellschaft zur Diskussion steht, wohl aber das „Wie“. Ihre Konturen sind trotz vieler Erkenntnisse noch weitgehend unscharf. Es geht darum, den Entwicklungen eine Richtung zu geben und für Nordrhein-Westfalen den richtigen Weg in die Informationsgesellschaft zu finden. Kernfragen der Großen Anfrage sind: Welche Grundlage und welche Perspektiven hat die Informationsgesellschaft? Wie gestalten sich die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Umwelt im multimedialen Wandel? Welche Veränderungen lassen sich für Bildung, Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur erwarten, und wie schließlich entwickelt sich die demokratische und soziale Gesellschaft im Informationszeitalter?“

Unverzichtbar sei, so Grätz und Eumann, Nordrhein-Westfalen so attraktiv wie möglich für die wachsende Medien- und Telekommunikationsbranche zu machen, um die Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotentiale dieser Entwicklung für NRW auszuschöpfen. Eine besondere Bedeutung komme hier der Schaffung neuer Berufsbilder zu. Ebenso unverzichtbar sei es aber auch, sich mit den Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung auseinanderzusetzen. „Unsere Gesellschaft darf nicht in Innovationsgewinner und -verlierer gespalten werden“, sagten die sozialdemokratischen Landespolitiker. „Medienkompetenz zu vermitteln, wird zu einer der wichtigsten Aufgaben überhaupt.“ Weiter erklärten Grätz und Eumann, daß es auch darum gehen werde, Informations- und Meinungsvielfalt im digitalen Rundfunkzeitalter zu sichern. Vielzahl bedeute nicht automatisch Vielfalt. Deshalb habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch zukünftig eine unverzichtbare Aufgabe. Grätz und Eumann: „Die Große Anfrage schafft eine gute Basis für gesellschafts- und ordnungspolitische Entscheidungen, die auf uns zukommen werden.“

Beide wiesen darauf hin, daß die Große Anfrage ein erster Schritt zu einer umfassenden Aufbereitung des Themas Multimedia durch die SPD-Landtagsfraktion sei. Für die nächsten Monate kündigten sie zahlreiche weitere Veranstaltungen der SPD-Landtagsfraktion an, auf denen Fachleute die aktuellen Fragen der Informationsgesellschaft erörtern werden. Den Auftakt bildet das „Zukunftsforum Multimedia – Die Informationsgesellschaft gestalten“ der SPD-Landtagsfraktion am 23. September in Düsseldorf.

## CDU-Fraktion

### Mit privatem Kapital die Infrastruktur ausbauen

„Um den drängenden Problemen im Infrastrukturbereich zu begegnen, um die Kosten zu reduzieren und um den Entscheidungsträgern beim Einsatz von Privatkapital zur Seite zu stehen, muß die Landesregierung geeignete Projekte mit der Beteiligung Privater und unter Einbezug der Kommunen entwickeln und durchführen.“ Das hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, erklärt. Als Schwerpunkte nannte er u. a. den Flughafenbau, Stadtbahnbau, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung, Straßen- und Brückenbau, Park-and-Ride-Anlagen sowie Universitätsbauten. „Angesichts der Notwendigkeit für Investitionen müssen wir aber feststellen, daß die rot-grüne Landesregierung hier immer mehr streicht“, kritisierte der CDU-Fraktionschef. „So sind die Ausgaben für den Landesstraßenbau in zehn Jahren von rund 1 Milliarde Mark auf gut 500 Millionen Mark halbiert worden. Für 1997 ist zudem angekündigt, daß das Land seinen Anteil an der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs von rund 320 Millionen Mark auf rund 160 Millionen Mark reduzieren wird. Zudem werden Mittel für den Ausbau der Luftfahrtinfrastruktur durch die GRÜNEN permanent torpediert.“

Dabei hätten Investitionen des Landes große positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, sagte Linssen. „Pro 1 Milliarde Mark Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden z. B. rund 12500 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. 80 Prozent können mit Erwerbslosen besetzt werden. Hinzu kommen die sekundären Beschäftigungseffekte durch eine gute verkehrliche Erschließung der Regionen. Bei Landesstraßen geht man von rund 1000 bis 1500 Arbeitsplätzen pro 1 Milliarde Mark Investitionsvolumen aus.“

Linssen: „Während andere Bundesländer mit der privaten Finanzierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen bereits Erfahrungen gemacht haben, leben wir in NRW im Tal der Ahnungslosen. Eines muß aber hier ganz deutlich gesagt sein: Die Entscheidung für die Einbeziehung privaten Kapitals und Sachverstands muß unter den individuellen Rahmenbedingungen eines jeden Projektes sorgfältig abgewogen werden. Wenn man sich für eine Privatfinanzierung entscheidet, muß für die öffentliche Hand ein finanzieller Vorteil herauskommen.“ Der Einsatz von Privatkapital solle auch nicht an die Stelle von Haushaltsmitteln treten, machte Linssen deutlich. Vielmehr solle gewährleistet werden, daß zusätzliche und dringend notwendige Maßnahmen zeitnah und bedarfsgerecht durchgeführt werden könnten. „Dabei ist durch den Einsatz Privater oftmals viel besser gewährleistet,

- daß die Planungsphasen kürzer sind,
- daß nicht am Bedarf vorbei geplant und gebaut wird,
- daß übertriebene Standards vermieden werden und
- daß die Kosten niedriger liegen als bei öffentlichen Bauherren.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Grüne Projekte lassen sich mit SPD verwirklichen

Der Haushaltsentwurf 1997 zeigt, daß sich grüne Projekte und Ideen bereits nach einhalb Jahren Koalition mit der SPD verwirklichen lassen. Der Kurs der Koalition geht in Richtung auf soziale, ökologische und demokratische Reformen, auf die Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und Armut – und das in einer äußerst schwierigen finanzpolitischen Lage. Im Mittelpunkt steht dabei die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit werden Programme der EU mit Landesmitteln verstärkt und eigene Landesprogramme wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ und „Soziale Wirtschaftsbetriebe“ aufgelegt. In den Sozialen Wirtschaftsbetrieben soll sich die Belegschaft zu mindestens 40% aus Langzeitarbeitslosen zusammensetzen und 30% sollen unmittelbar von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sein. Aus diesen Betrieben werden dauerhafte und reguläre Unternehmen entstehen. Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ setzt die Koalition auf umweltverträgliches und nachhaltiges Wirtschaften. Unter anderem gehört dazu die Sanierung von 100000 Altbauwohnungen, wobei effektiver Wärmeschutz und der Einbau energiesparender Heizsysteme zu einer Verringerung des Energieverbrauchs und CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beitragen sollen. Das verbessert nicht nur die Umweltsituation, sondern schafft Arbeitsplätze vor allem im Baugewerbe.

Mit der Verwendung der Mittel aus der Öko-Abgabe „Abwasser“ wird ein Programm zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers aufgelegt, das zu einer Verbesserung der Wasserqualität und zur Sanierung der Abwasserkanäle beiträgt; auch dadurch werden in diesem Bereich Arbeitsplätze geschaffen.

Angesichts der Lebensmittelskandale der letzten Jahre hat die Regierung erstmals Mittel für den Ökologischen Landbau ausgewiesen und eine Kampagne für gesunde Lebensmittel initiiert. In diesem Bereich hat NRW erheblichen Nachholbedarf.

Von all diesen Maßnahmen im Bereich ökologischer Umbau werden vor allem die kleinen und mittleren Betriebe profitieren. Das ist auch erklärtes Ziel der Landesregierung, die weitere Fördermittel in diesen Bereichen vergibt. Dabei werden auch erstmals Betriebe, die von Frauen aufgebaut werden, durch das ExistenzgründerInnenprogramm unterstützt. Damit Frauen auch in anderen (und lukrativeren) Berufen Fuß fassen, hat das Land die Initiative „Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk“ gestartet.

Nachhaltige Verbesserungen sowohl der Umweltsituation als auch der Lage am Arbeitsmarkt kann vor allem die Verkehrspolitik bewirken. Kürzungen im Landesstraßenbau und Förderung des Radverkehrs und des Öffentlichen Nahverkehrs sollen in diesem Bereich zu Akzentverschiebungen führen. Auch im Sozialen Bereich hat sich einiges getan: Das Landespflegegesetz NRW ist wegweisend für andere Bundesländer. Des weiteren wird die längst fällige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz durch Ausbau von Kindertagesstätten mit Landesmitteln und Zuschüssen bei den Investitions- und Betriebskosten vorgenommen.

Auch 1997 wird der Bau von mindestens 27000 neuen Wohnungen vom Land trotz der Kürzungen der Mittel für den Sozialen Wohnungsbau durch die Bundesregierung gefördert. Auch in anderen Politikfeldern wie im Justizbereich, Schule und Hochschule oder Migrantinnen werden Reformprojekte finanziert und der Bedarf gesichert. Insbesondere für Frauen konnten die Mittel des Gleichstellungsministeriums wesentlich erhöht werden, was vor allem Frauenberatungsstellen, Frauenhäusern und Selbsthilfegruppen zugute kommt. Der Haushalt 1997 kann sich sehen lassen, auch wenn nicht alle notwendigen ökologischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Reformen aufgrund der knappen Finanzmittel umgesetzt werden können.

## Heinz Hardt wird 60 Jahre

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, begeht am Dienstag, 24. September, seinen 60. Geburtstag. Hardt (Bild unten), von Beruf Ingenieur, stammt aus Düsseldorf, ist heute dort auch zu Hause und dazu Bürgermeister der Landeshauptstadt. Der CDU gehört er seit 1961 an. Seit Juli 1970 ist er Mitglied des Landtags. 1985 übertrug ihm seine Fraktion die Aufgaben eines Parlamentarischen Geschäftsführers. In seiner Partei hat er führende Ämter bekleidet. Er war von 1977 bis 1986 Mitglied des Landesvorstandes der damals noch selbständigen CDU-Rheinland. Von 1983 bis 1986 gehörte er dem Präsidium der CDU-Nordrhein-Westfalen an. Ab 1970 war er Delegierter bei Bundes- und Landesparteitagen. Auch in der CDA hat er immer an führender Position mitgearbeitet. Seit 1986 gehört er dem geschäftsführenden Vorstand der CDA Nordrhein-Westfalen an. Seit 1987 ist er Mitglied des CDA-Bundesvorstandes. Seit April 1995 führt Heinz Hardt darüber hinaus als Präsident die Landesverkehrswacht NRW. Im Landtag gehört der Politiker Hardt dem Ständigen Ausschuß, dem Hauptausschuß sowie dem Verkehrsausschuß an. Heinz Hardt ist verheiratet und Vater dreier Kinder. Privat hegt er eine stille Liebe zu Oberbayern. Mindestens einmal im Jahr begibt er sich nach Mittenwald zum Wandern oder Skilanglaufen. Über 50mal war er schon dort.



### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,  
884 23 04 und 884 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
884 30 22  
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Sie ist Kölnerin, aber man hört es ihr nicht an. Das ist die erste Überraschung, wenn man sich mit Alexandra Landsberg trifft. Es folgen hernach weitere Überraschungen. Die zweitjüngste Abgeordnete, von Jahrgang 1968, ist bereits wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer BÜNDNIS 90/GRÜNE-Fraktion, und der schnelle politische Aufstieg scheint sie gar nicht zu irritieren. Selbstbewußt, frisch und – dem Anliegen des Bundespräsidenten gemäß – „unverkrampft“ tritt diese junge deutsche Parlamentarierin auf. Alexandra Landsberg kommt aus bürgerlichem Hause, der Vater war einmal Mitglied der CDU, nahm jedoch mit Respekt hin, daß seine politisch engagierte Tochter vor ein paar Jahren an einem Freiluft-Stand der Kölner GRÜNEN den Aufnahmeantrag stellte. In der zehnten Klasse sei ihr die Politik schrecklich langweilig vorgekommen. Was sie damals interessiert habe, Friedens- und Umweltpolitik, Nicaragua, das habe die „Männer in den grauen Anzügen“, die sie als Politiker erlebt habe, überhaupt nicht interessiert. So entschloß sie sich, bei den GRÜNEN aktiv mitzumachen. An eine Landtagskarriere hat die Diplom-Volkswirtin (Studium in Köln) nicht gedacht. Gut ein Jahr war sie 1994/1995 Fraktionsmitarbeiterin im Landtag, danach ganz kurz Assistentin einer GRÜNEN-Bundestagsabgeordneten, die wiederum ziemlich erobert war, als Alexandra Landsberg sich nach einer Stippvisite von zwei Monaten in Bonn Richtung Düsseldorfer Parlament verabschiedete. Nach einer, wie sie sich erinnert, zündenden Rede vor Delegierten hatte sie sich gegen vier Listenplatz-Bewerberinnen durchgesetzt. Alexandra Landsberg sagt, sie sei jeden Tag im Landtagsbüro. In der Woche arbeite sie 70 Stunden. Gefragt, ob ihre Studienkollegen von einst sie um ihr vergleichsweise hohes Berufs-Anfangs-Gehalt als Abgeordnete beneideten, antwortet sie unbekümmert: „Wer als Volkswirt bei der Bank angefangen hat, bekommt 30 000 Mark im Jahr weniger als ich jetzt.“ Sie vermißt den sich verflüchtigenden Kontakt zu den Kommilitoninnen und Kommilitonen. Sie seien in alle Winde verstreut. Es folgt ein unausgesprochenes „So ist das Leben“. Frau Landsberg hat sich in ihre neue Arbeit gestürzt, die sie mit Leib und Seele macht. Sie hat nichts von einer grämlichen Weltverbesserin, liebt den Kontakt zu Menschen, schätzt die Möglichkeit, als Abgeordnete praktische Hilfe zu leisten. Als ein Beispiel für ihr Verständnis von politischer Dienstleistung erzählt sie von dem 90-Mitarbeiter-Betrieb, der unverschuldet mit einem Schlag in finanzielle Not geraten und aufgrund bürokratischer Langsamkeit und fehlenden öffentlichen Interesses vor dem Ruin gestanden habe. Da habe sie in den Landesministerien für Wirtschaft und Finanzen hin- und hertelefoniert, sich also so lange um den Vorgang gekümmert, bis die Firma finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen konnte. Vielleicht möchte sie später einmal selbst ein kleines Unternehmen führen oder aber



Alexandra Landsberg (GRÜNE)

unternehmensberatend tätig werden. Noch macht sie sich keine allzu ernsten Gedanken, wie das Berufsleben nach der politischen Laufbahn aussehen könnte. Daß sie als wirtschaftspolitische Sprecherin keine einschlägigen Berufserfahrungen hat, macht Frau Landsberg keine übertriebenen Sorgen. Sie habe in dem einen Jahr ihrer Abgeordnetenzeit bereits gute Kontakte zu kleinen und mittleren Betrieben, vor allem aus dem Bereich des Handwerks knüpfen können. Dort höre sie viel aus der Praxis, es entwickle sich ein kritischer Dialog, sie erfahre im großen und ganzen freundliches Entgegenkommen von den Unternehmenspraktikern. Alexandra Landsberg hat angenehme Umgangsformen. Sie helfen ihr beim Umgang mit Kolleginnen und Kollegen der anderen „politischen Feldpostnummern“. Aber: Everybody's darling will sie nicht sein. Im Gegenteil. Bei den regelmäßig wiederkehrenden Auseinandersetzungen mit dem Regierungspartner SPD plädiert sie für eine härtere Gangart ihrer politischen Freundinnen und Freunde. Ob sie gegebenenfalls die Koalition auch aufs Spiel setzen würde? Da zögert sie mit der Antwort. Wenn man glaubwürdig bleiben wolle, dürfe man natürlich nicht immer nur so tun, als sei man der SPD böse, aber, so fügt sie hinzu: „Diese Koalition ist mir sehr wichtig.“ Ein Bündnis mit der CDU würde sie „im Grunde ausschließen“, wie sie es formuliert. Schnell ergänzt sie, daß sie manchmal die SPD-Politik als erschreckend unflexibel empfinde. Auch kriege sie Wut, wie die Sozialdemokraten Koalitionsvereinbarungen nicht einhielten: „Das ist doch kein Stil, wir machen doch auch alle Nase lang Sachen, die wir nicht toll finden, aber so vereinbart wurden in der Koalition.“ Die junge Politikerin, die Köln liebt und Düsseldorf „auch schön“ findet, schätzt Italien und die Küche des Landes. Sie vertieft sich in alle möglichen Romane, geht gerne ins Kino und schwingt sich aufs Fahrrad. Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 14. bis 28. September 1996

24.9. **Heinz Hardt** (CDU), 60 J.

24.9. **Oliver Wittke** (CDU), 30 J.

25.9. **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU), 55 J.

26.9. **Winfried Schittges** (CDU), 50 J.

28.9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 52 J.

★

**Gisela Meyer-Schiffer**, stellvertretende Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses und **Ernst-Martin Walsken**, stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses „Personal“ (beide SPD), haben einen Sohn bekommen. Die Eltern gaben dem am 10. Juli 1996 geborenen Jungen den Namen Jan Erik. Der CDU-Abgeordnete **Volkmar Klein**, Mitglied des Haushaltsausschusses, ist ebenfalls glücklicher Vater geworden. Seine Ehefrau brachte am 19. Mai dieses Jahres ein Mädchen zur Welt. Die Eltern haben es Ann Sharon genannt. Das gab der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, **Leo Dautzenberg** (CDU) am Rande der letzten Ausschußsitzung bekannt und gratulierte im Namen des Gremiums.

★



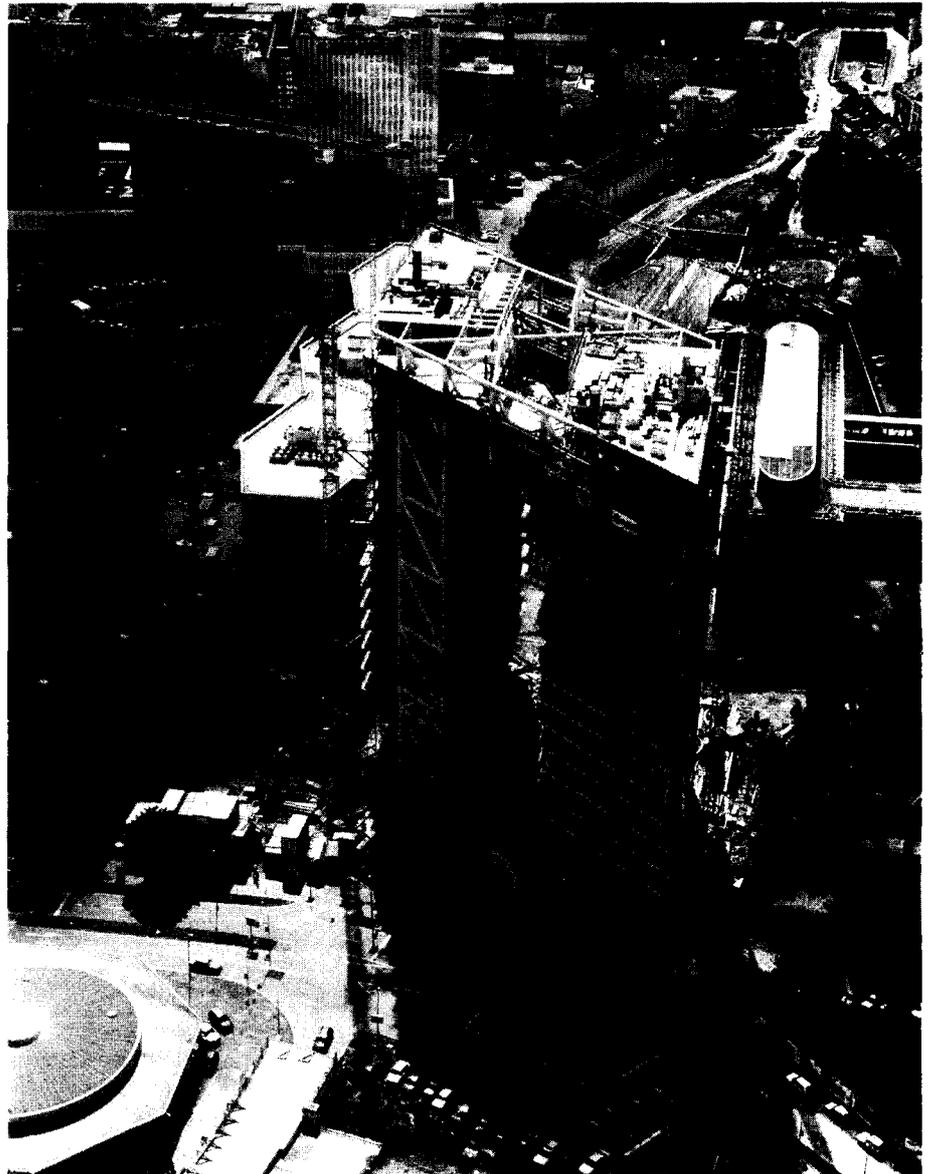
★

**Dr. Norbert Lammert** (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, ist neuer Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Bundestag. Lammert, der auch Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Ruhrgebiet ist, führt damit die größte Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Sie ist mit 58 Abgeordneten sogar stärker als die Bundestagsfraktionen von F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die jeweils weniger als 50 Abgeordnete zählen. Norbert Lammert hat **Dr. Reinhard Göhner** (CDU) abgelöst.

★

**Uwe Scheidel**, Diplom-Übersetzer und Stenograph im Landtag, ist mit Wirkung vom 6. August 1996 die Ermächtigung zur Bescheinigung der Richtigkeit und Vollständigkeit von Übersetzungen für die englische und französische Sprache durch das Oberlandesgericht Köln erteilt worden. Abgeordnete, die Übersetzungen aus dem Englischen oder Französischen oder vom Deutschen in die beiden anderen Sprachen benötigen, können sich an Scheidel wenden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Neues Wahrzeichen für Düsseldorf

Ein neues Wahrzeichen der Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt Gestalt an: das neue Stadttor an der südlichen Einfahrt zur City. 1991 war von einer Projektentwicklungsgesellschaft ein internationaler Architektenwettbewerb ausgeschrieben worden. Er galt der Suche nach dem neuen Wahrzeichen und gleichzeitig nach einer Lösung der Bebauungsprobleme an der südlichen Einfahrt in den Rheinufertunnel. Der Architekt Professor Karl-Heinz Petzinka lieferte einen Entwurf, der den Vorstellungen aller Beteiligten am nächsten kam. Das von ihm konzipierte 74 Meter hohe Torgebäude setzt einen besonderen Akzent in Düsseldorfs Entwicklungssadtteil Bilk, in dem auch die Medienmeile entsteht. Auf der Nahtstelle dieses Stadtviertels zur Innenstadt bildet der neue Landtag einen städtebaulichen und architektonischen Schwerpunkt. Neue „Landmarke“ neben dem 1982 entstandenen 234 Meter hohen Rheinturm ist indessen das bald fertiggestellte Stadttor. In seinem Inneren soll eine der höchsten voll verglasten Hallen Europas mit Restauration, Läden und Räumlichkeiten für kulturelle Ereignisse entstehen.

Foto: Schälte